

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen), und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltene Zeitspaltze oder deren Raum 20 Pfg., Verksammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 255.

Freitag, den 31. Oktober 1919.

26. Jahrg.

## Augias beschwert sich.

Die Sage vom Augiasfall kennt man allgemein, auch wenn man sonst in griechischer Götterlehre nicht bewandert ist. Der ungeschlagte Herr Augias hatte in seinem Riesental unzählige Ochsen und Rinder, viele, viele Jahre lang stehen lassen und den Stall niemals gesäubert. Herkules häuften sich der Mist, und unter den zwölf Prüfungsarbeiten, die Herkules auferlegt wurden, ehe er in den Götterhimmel Aufnahme fand, war eine der schwierigsten die Säuberung des Augiasstalles. Sie gelang bekanntlich dadurch, daß Herkules einen ganzen Strom so ableitete, daß er durch diesen Stall fließen mußte. Aber in dieser überlieferten Form ist die griechische Sage offenbar unvollständig. Nach neueren Forschungen muß man annehmen, daß während Herkules diesen Riesental ausmüdete, Augias dabei stand und sich beschwerte, daß es so lange dauerte, Klage darüber führte, daß noch immer ein solcher Schmutz in seinem Stalle sei.

Diese Geschichte hat sich Mittwoch wenigstens wieder so zugetragen, als der mecklenburgische Talmijunker v. Graefe unierten Genossen Roste und die jetzige Reichswehr angegriffen. Graefe hatte sich die schwere Aufgabe gesetzt, Ludendorff an Demagogie zu übertrumpfen und hat ihn auch konkurrenzlos geschlagen. Ludendorffs Niederlage gegen Roste ist gar nichts im Vergleich zu der souveränen Meisterleistung, mit der Graefe die Kritik Ludendorffs an der Reichswehr aus dem Felde schlug. Nach Graefe ist ein Hauptmann der Reichswehr schlechter bezahlt als ein Berliner Müllkutscher. Die Reichswehr hungert bei jämmerlicher Ernährung und Roste verweigert ihr brutal die Mittel, sich etwas dazu zu kaufen. Denn dieser Roste ist ein Kerl ohne Mut und ohne Energie, ein Ahselträger und Mantelstreicher: vor Offizieren spricht er beinahe monarchisch, und vor Sozialdemokraten redet er die Offiziere nach Strich und Faden herunter. Sein Major v. Gilla ist übrigens nicht besser; aus Karrierestreber ist er heimlich Sozialdemokrat geworden und läßt sich nur noch Genosse nennen. Gestützt auf die Reichswehr, die er heimlich verachtet, führt Roste ein brutales Schreckenregiment gegen die deutschnationale Minderheit, schlägt die Pressefreiheit der Konservativen tot und brutalisiert in schändlicher Parteilichkeit die harmlose und wahrhaft vaterländische Opposition. Das herrliche deutsche Volksherr von einst hat Roste von hinten erdolchen helfen, jahrzehntelang hat er Unordnung und Auflösung gepredigt, und jetzt ist er ein kleiner sozialdemokratischer Parteiherrmann, schlimmer als Ledebour, Däumig und Richard Müller.

Es gibt ein Maß von Verdrehung der Wahrheit, demgegenüber man ziemlich wehrlos ist. Wir haben das oft gegenüber Schimpfbolden mit ultrarevolutionärem Anstrich empfunden. Wenn einer tobt, Roste und Ebert haben täglich im Blut und würden dafür von der Bourgeoisie mit Millionen gemietet, sie seien stets Feinde des Volkes und Freunde der Hohenzollern gewesen und arbeiten auch jetzt nur für deren Wiederkehr, so ist man gegenüber der Fülle der Lügen in der größten Verlegenheit, wo man mit der Aufklärung anfangen soll. Die Verlogenheit des Talmijunkers Graefe ist so unendlich groß, daß man Stunden der Rede oder ungehörte Spalten der Zeitung brauchte, um nur den ärgsten Schwindel zurückzuweisen.

Unter dem alten Regime hat man die Soldaten bei 35 Pfg. Löhnung mächtig geschulden und jedes Eintreten der Sozialdemokraten für die Soldaten höhnisch abgewiesen. Herr v. Graefe, der ablige Offizier, findet das heute noch richtig. Das alte preussische Heer wäre eine so glänzende Schule gewesen, daß die Soldaten eigentlich noch hätten Schulgeld draußzahlen müssen. Trotz dieses glänzenden Heeres hat eine gewissenlose, die ganze Welt herausfordernde und das eigene Volk unverachtet belagende Junkerpolitik Deutschland ins Verderben gestürzt. Vollständig bekümmert, haben wir unter dem demütigenden Joch der Entene Kriegen müssen. Wertvoller Länder beraubt, müssen wir ungezählte Milliarden alljährlich den Feinden zahlen. Das starre System der Junker und Graefe hat durch Verweigerung aller Reformen den Kessel des Volkszorns zur Explosion gebracht, die Revolution heraufbeschworen. Nun wundert sich Deutschlands Unglück, diese elende Junkerpolitik, daß sie Stöße nur so umherschieben.

Ein Trümmersfeld überkam der Sozialdemokratie, als sie die Regierung antrat. Während Ludendorff ausriß und Graefe sich versteckte, schuf Roste allmählich wieder etwas Ordnung. Bewahrte Roste die Schlangenbrut der hochnährigen Offiziersjunger davor, daß das empörte Volk sie sämtlich in den ersten acht Tagen nach der Revolution totschlug. Was ohne die Sozialdemokratie unsehbar geblieben wäre. Wer ehrlich helfen wollte, in der Republik einige Ordnung zu schaffen, war willkommen. Niemand wurde nach seiner Gesinnung, niemand nach Herkunft und Vergangenheit gefragt, wenn er nur ehrlich der republikanischen Ordnung dienen wollte. Viele taten es, und Roste hat ihnen ehrlichen Dank gesagt und wieder die Treue gehalten. Major v. Gilla ist einer von ihnen. Er ist kein Sozialdemokrat und wird nie einer werden. Er ist kein Republikaner, und niemand fordert von ihm, daß er für die Republik als beste und schönste Staatsform schwärme. Aber er hat ehrlich und ohne Hintergedanken seinen Minister und dem Staate gedient, und damit ist es gut.

Über eine Anzahl mehr oder minder verdienter Offiziere begannen alsbald nach der Überwindung des ersten Schreckens gegen die Republik zu intrigieren und die Reichswehr zu ihren deutschnationalen Reaktionsplänen auszurufen. Dieser Verschwörergesellschaft zeigt Roste die harte Faust, und weite Parteifreie sind sogar überzeugt, daß er gegen sie noch nicht einmal rasch und energisch genug durchgreift. Jedenfalls hat er ein paar Exempel auch an der demagogischen Reaktionspresse statuiert, die skrupellos zum gewalttätigen Umsturz und zur Verweigerung des Gehorsams heht.

Wirtschaftlich befindet sich Deutschland noch in einer fortwährenden Umwälzung. Zwischen Löhnen und Preisen hat noch keinerlei Ausgleich stattgefunden. Gehälter höherer Beamter und Offiziere bleiben zeitweilig stark hinter Tagelöhner-Löhnen zurück. Unter den Arbeitern selbst findet man Einkommensunterschiedenheiten, wie sie früher undenkbar waren. Allmählich wird die Regierung auch auf diesem Gebiet Ordnung schaffen.

Der Gipfel der Demagogie aber ist es, für all die Nöte der Zeit, die von den Junkern verschuldet sind, die Regierung und Roste verantwortlich zu machen. Jene Militärpartei, jene regierenden Junkercliquen haben durch ihren Übermut die Niederlage und durch ihren Starrsinn die Revolution herbeigeführt. Sie haben den Mist im Augiasstall himmelhoch aufgetürmt, und jetzt stehen diese Misthaufen junger Wehklager dabei, weil Herkules-Roste ihren Augiasstall noch immer nicht gänzlich gesäubert hat. Die Unverschämtheit der gestürzten Junker-Herricher ist noch größer als die der einst Regierenden.

## Deutsche Nationalversammlung.

Der Etat angenommen.

Gegen die Stimmen der Unabhängigen, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wurde am 30. Oktober der Gesamtetat angenommen. Eine lange Rede Erzberger leitete die dritte Lesung ein. Langsam gewinnt das deutsche Volk wieder festen Boden unter den Füßen. Nach der krupeligen Finanzpolitik während des Krieges, bei der alle Kriegsausgaben nicht in den ordentlichen Etat eingestellt, sondern für die Deckungen durch die künftige Kriegsausgleichung der Decker erhofft wurde, muß jetzt reiner Tisch gemacht werden, trotzdem die Forderungen der Entente noch nicht bekannt sind. Das Jahr 1918 brachte den größten Etat, den das Reich bisher aufzuweisen gehabt hat. 1919 und 1920 und auch die künftigen Jahre müssen wesentlich unter den im Jahre 1918 aufgewendeten Milliardensummen bleiben. Erzberger wies auch auf die große Gefahr hin, die die Erfüllung der geldlichen Forderungen für Frankreich bringen würde, wenn dies von seiten Deutschland überhaupt möglich wäre. Die schwere Krise, die dem Milliardenlegen in den 70er Jahren in Deutschland gefolgt ist, würde in viel größerem Umfang der jetzigen Transaktion folgen. Es ist daher auch ein großes Interesse der internationalen Arbeiterschaft, eine Revision des Friedensvertrages herbeizuführen.

Große Reden brachte der Tag, nicht. Genosse Scheidemann wünschte der Rechte eine weitere gute Entwicklung auf dem eingeschlagenen Wege, der sie zur Staatsvermehrung geführt hat. Nach kurzen Bemerkungen der Genossen Löbe, Dr. Singheim und Stolten wurde der Etat angenommen. Das Haus ging nach einmonatiger Tätigkeit auf Urlaub, nachdem es den Grundstein zu einer ordentlichen Wirtschaft gelegt hatte. Das reiche Deutschland zeichnete sich durch Ordnung aus, das armgewordene wird nicht im Chaos ersticken.

113. Sitzung, Donnerstag, den 30. Oktober 1919.  
Am Regierungstisch: Schiffer, Müller, Koch, Sell, Schmidt, Erzberger, Roste, Schilde, Mayer.

Die Novelle zum Gesetz über das Branntweinmonopol wird in zweiter und dritter Lesung ohne Aussprache verabschiedet.

Die dritte Lesung des Etats.

Reichsfinanzminister Erzberger: Die deutsche Öffentlichkeit und die ganze Welt hat Anspruch darauf, Klarheit über den Stand der Reichsfinanzen zu erhalten. Der Etat für 1918 schließt mit insgesamt 79 Milliarden, und ist damit der höchste Etat, den das Reich jemals gehabt hat. Hoffentlich haben wir uns niemals wieder mit einem solchen Riesenetat zu beschäftigen. Wir müssen in allen Rejorts zur alten Sparsamkeit zurückkehren. Der Etat für 1920 wird bereits um rund 22 Milliarden niedriger abschließen. Im Interesse einer Gesundung unserer Finanzen müssen wir verlangen, daß alle tatsächlichen Ansprüche aus der Kriegszeit in den nächsten drei Monaten angemeldet werden. Erst dann können wir uns einen genauen Überblick über die Höhe dieser Summe machen. Für die persönliche Seite der Abwicklung des Krieges sehen wir eine Frist bis zum 31. März 1920. Der Krieg ist seit dem 9. November 1918 zu Ende. Diese Frist reicht daher aus. Der Etat für 1919 schließt mit rund 57½ Milliarden ab, also auch schon um 18 Milliarden niedriger als der Etat für 1918. Wir werden rücksichtslos gegen Staatsüberforderungen vorgehen und sind der zuverlässigen Hoffnung, daß die veranschlagten Einnahmen eintommen werden. Wir hoffen, daß die neuen Steuern die erwarteten 9 Milliarden bringen werden. Großes Aufsehen erregt hat der hohe Stand unserer Reichsschuld. Gewiß sind 204 Milliarden eine hohe Summe; aber wir mühten darauf vorbereitet sein, daß wir 10 Milliarden Zinsen zahlen müssen. In Wirklichkeit wird dieser Betrag noch überschritten werden; wir werden am 1. April 1920

eine Reichsschuld von 212 Milliarden haben. (Hört, hört!) Im Inland und auch im Ausland ist behauptet worden, daß wir täglich für 150 Millionen Mark Banknoten drücken. Das ist falsch. Da Banknoten in erheblichem Maße gefälscht worden sind, mußten neue Noten an ihre Stelle gesetzt werden. Das ist aber keine neue Ausgabe, sondern einfach die Erziehung falscher Banknoten durch richtige. In der Zeit vom 15. Januar bis 15. Oktober 1919 ist täglich im Durchschnitt die Summe von 27,63 Millionen Mark an Banknoten mehr ausgegeben worden. Alle anderen Zahlen sind falsch.

Man hat bemängelt, daß der Etat keine genauen Zahlen enthält über die Ausgaben aus Anlaß des Friedensvertrages. So lange wir auf diesem Gebiete nicht völlig klar sehen können, werde ich einen solchen Beitrag in den Etat nicht einsehen. (Zustimmung.) Wir alle hoffen und erwarten, daß der Friedensvertrag von der Gegenseite sachlich geprüft wird, und daß alle Forderungen der Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt werden. Würden wir heute schon eine bestimmte Ziffer nennen, so würden wir damit unserem Volke den schlechtesten Dienst erweisen, denn jede Ziffer würde von der Gegenseite als zu niedrig bezeichnet werden. (Sehr richtig!) Wir haben immer erklärt, daß wir den Friedensvertrag erfüllen wollen. Diese Erklärung ist ehrlich gemeint. Aber niemand kann mehr leisten, als in seinen Kräften steht. Die Leistungen werden nicht in Geld oder Gold erfüllt, sondern durch wirtschaftliche Leistungen, durch Abtretung von Forderungen, durch Hingabe von Sachgütern usw. Ein anderes gibt es nicht. Soll unsere Leistungsfähigkeit groß sein — und daran hat vor allem Frankreich ein Interesse — dann muß unter Wirtschaftslieben vor störenden Einflüssen bewahrt werden. Nur wenn wir über unser Existenzminimum hinaus Waren erzeugen, können wir ausführen. Bleibt unsere Erzeugung hinter diesem Mindestmaß zurück, so wird keine Gewalt der Erde aus dem verelendeten deutschen Volke die Leistungen aus dem Friedensvertrag herauszoholen können. (Sehr richtig!) Deshalb liegt die Leistungsfähigkeit Deutschlands auch im Interesse unserer Gegner, und deshalb muß der Friedensvertrag so umgesehen werden, daß er unsere Leistungsfähigkeit nicht erschüttert und nicht schwächt. Ein Deutschland, das verelendert, wie jetzt, kann die finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem Vertrage nicht erfüllen. Eine Zahlungsunfähigkeit Deutschlands würde auch die Zahlungsunfähigkeit Frankreichs zur Folge haben. Eine Politik des Hasses bringt uns daher nicht weiter, sondern

nur eine Politik der Verständigung und der Arbeit kann Europa der Heilung entgegenführen. (Beifall.)

Angenommen aber, nicht zugegeben, wir könnten die finanziellen Forderungen des Friedensvertrages erfüllen. Was wäre die Folge? Wir würden einen von Jahr zu Jahr steigenden Milliardenüberschuß an Waren in das Ausland liefern und, wenn nach einigen Jahren die heutige Warenknappheit vorbei ist, würde der französische Markt mit deutschen Waren überfüllt sein. Die französische Industrie und die französische Arbeiterschaft würden darunter leiden müssen. (Sehr richtig!) Eine Unterbringung von unabhärbarem Umfang wäre die Folge, die deutschen Waren würden im Werte auf den Weltmarkt sinken, und eine Wirtschaftskrise würde kommen, wie sie noch niemals da war. (Sehr richtig!) Schon die 4 Milliarden, die wir 1871 von Frankreich bekommen haben, haben den Anstoß zu einer gewaltigen Wirtschaftskrise gegeben. Was müßte erst die Folge sein, wenn Frankreich seine überpannten Forderungen wirklich erfüllt bekäme? Deutschland würde der tätige Wettbewerber auf dem Weltmarkt werden und der deutsche Markt würde als Abnahmmarkt für andere Länder kaum noch in Frage kommen. Deshalb trägt der Friedensvertrag den Keim ungeheurer wirtschaftlicher Erschütterungen in sich. Daher haben nicht nur wir, sondern auch die Neutralen und die Gegner und vor allem die internationale Arbeiterschaft das größte Interesse daran, daß eine klare Umkehrung der Leistungen aus dem Friedensvertrag möglichst bald erfolgt. Die Palamitana-Lettere Valuta muß zu ähnlichen Folgen führen. Wir müssen Waren ausführen und die Ausfuhr auf das notwendige Maß beschränken. Eine schlechte Valuta ist gleichbedeutend mit einer hohen Zollmauer oder mit hohen Ausfuhrzöllen. Die Geschäftswelt des Auslandes sieht das schon ein. Ein Land, das kaufen will, muß auch verkaufen können. Nur bei einem gegenseitigen Zusammenwirken aller Kräfte kann eine Besserung erfolgen. Das gilt für die Einzelwirtschaft, für die Volkswirtschaft und erst recht für die Weltwirtschaft. Deshalb muß das Valutaproblem gelöst werden. Deutschland verhält sich im Ausland über einen Marktbestand von 16 bis 17 Milliarden. Wir müssen versuchen, diese Summe in die Form einer festen Anleihe zu bringen, dann wäre den Besitzern und den Ländern, in denen sie wohnen, am besten gedient. Mit einer Verordnung ist eine Gesundung der Valuta nicht zu erreichen. Sonst hätten wir eine solche Verordnung längst erlassen.

Nur Arbeit kann uns helfen.

Das galt schon vor dem Kriege und gilt erst recht nach dem Kriege. Die Regierung kann hier nicht helfen. Keine Regierung der Welt könnte helfen. Das deutsche Volk kann sich nur selbst helfen. (Lebhafte Zustimmung.) Auch in Berlin könnte viel mehr gearbeitet werden. (Allseitige Zustimmung.) Wo ist das alte laubere Berlin geblieben? (Sehr richtig!) Die Erkenntnis von diesen Dingen muß in die letzte Hälfte getragen werden. Wir müssen das Valutaproblem gleichzeitig von drei Seiten anpacken: die Warenausfuhrung muß möglichst gesteigert, die schwebenden Kredite im In- und Ausland konsolidiert und durch eine Befestigung einer Überfüllung des Marktes mit Zahlungsmitteln entgegengewirkt werden. Reich, Länder und Gemeinden müssen hier zusammenwirken. Es muß eine gemeinsame Prüfung des gesamten öffentlichen Aufgebottes der verschiedenen Körperschaften angestrebt werden. Alle übrigen Maßnahmen sind nur Hilfsmittel. Eine Besserung kann nicht von heute auf morgen erreicht werden. Gewiß mußte die Valuta sinken. Aber das es in diesem Umfange geschehen ist, liegt meist an den ungeheuerlichen Schiebungen. Die Schieber fragen nicht nach dem Stande der Valuta. Sie fliehen, ganz gleich, ob die Mark 20 oder 5 Centimes wert ist. Sie fragen nur nach dem Verdienst. Leider besorgt auch ein Teil des Handels jetzt diese Methode. Das ist eine betäubende Erscheinung. (Sehr richtig!) Das ganze Volk muß an der Lösung dieser Aufgabe mitwirken. Entbehrliche Genuß- und Luxusgüter



Wären nicht in diesem Umfang eingeführt worden. Nur bei harter  
Einsparung werden wir eine Entlastung des Budgets erreichen,  
der auf unserer Währung liegt, und wir werden Geld für die Ein-  
führung wichtiger notwendiger Lebensmittel und Rohstoffe frei be-  
kommen. Die wichtigste Aufgabe des Finanzministeriums ist die  
Herabminderung der schwebenden Schuld. Was wir an Beihil-  
fen in Weimar genehmigt haben, ist mehr, als was in vier  
Kriegsjahren an Beihilfen überhaupt genehmigt worden ist.  
Was wir heute zu tragen haben, sind alles Folgen des Krie-  
ges; das muß immer wieder betont werden. Nach der mili-  
tärlichen Niederlage war es nicht möglich, neue Kriegsanleihen  
aufzunehmen. Die neue Regierung mußte alle Verpflichtungen,  
die die alte Regierung eingegangen war, erfüllen; das Anwachsen  
der Ausgaben ist nur aus der Wiederaufnahme des Hindenburgpro-  
gramms entstanden. Wenn man der jetzigen Regierung die Schuld  
daran in die Schuhe schiebt, so ist das nicht anständig gehandelt.  
(Zustimmung links und in der Mitte; Widerspruch rechts.) Der  
Regierung kann auf diesem Gebiete kein Vorwurf gemacht werden.  
Wendungen können nur gegen Einzelheiten erfolgen, aber  
nicht gegen das Prinzip, das die Regierung aufgestellt hat.  
Stellen wir bis 1918 unsere Ausgaben gegen über wenigstens die  
Zinsen, so würde unsere Finanzlage ganz anders sein, als jetzt.  
England hat es so gemacht. Man hat deshalb seine Steuerpolitik  
als heiligt bezeichnet. Die deutsche Steuerpolitik wird niemand  
so nennen. Wie sollen die Forderungen bestehen? Der Weg der alten  
Anleihen können wir nicht gehen. Es ist ein  
neuer Weg gefunden worden: Der Weg der Sparpolitik.  
Diese Methode wird aber sofort bekämpft. Will man etwa neue  
Anleihen mit höheren Zinsen aufnehmen? Das würde eine Schä-  
digung der früheren Anleihen bedeuten. Durch die Bekämpfung  
des Spielbankes soll die Sparpolitik gefördert werden. Die  
Sparprämienanleihe wird vom 10. bis 16. November aufgestellt  
werden, und ich hoffe, daß das Ergebnis günstig für die Finanz-  
normalung sein wird. Die Finanzen des Reiches werden wieder  
auf eine gesunde Grundlage gestellt werden. Dazu bedarf es der  
Mitarbeit des gesamten Volkes. (Beifall.)

In der Einzelbesprechung wird der Haushalt für den Reichs-  
präsidenten, für das Reichsamt und für den Reichstag be-  
willingt. Zu dem Haushalt für das Reichsministerium, den Reichs-  
kanzler und die Reichsanstalten bemerkt  
Abg. Müller (DVP.): Mehr als ein Mitglied des heutigen  
Kabinetts hat früher auf meinem Standpunkt gestanden. Herr  
Reichsminister Erzberger hat am 2. September 1914 sogar die  
Reinhardt'schen Ziele für Deutschland verlangt. Herr David  
sollte sich zunächst lieber mit Herrn Erzberger und anderen Mit-  
gliedern seines Kabinetts auseinandersetzen. (Sehr richtig.) Ich  
kann auch noch als Zeuge dafür ausweisen, daß Herr Reichsminister  
über die „alten“ Verträge von 1914“ anführen, an deren Grenz-  
feststellung er sich nicht zu lehnen erklärte.  
Abg. Scheidemann (Soz.): Nachdem gestern der Abg.  
Müller dem völlig misslichen Versuch gemacht hat, mich  
zum Innenminister zu ernennen, wird heute vom Abg. Müller  
fortgesetzt. Gestern war ich überrascht, heute nehme ich die Sache  
nur noch von der heiteren Seite auf. Müller begreift es eben  
nicht, und selbst dann nicht. Dazu gehört Herr Müller gehört es  
auch. (Sehr richtig.)

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Bieffer (Z.) erklärt  
Reichsminister des Reichs Müller: In Deutschland be-  
trachtet man kein begünstigtes Gegenstand mehr.  
Abg. Loh (Soz.): Das Reich hat ein Interesse daran, daß  
der Vorschlag nach der neuen Verfassung für die Republik gefördert  
wird und wir von denen landwirtschaftlichen Heberzinsen etwas  
herabnehmen. Wir bitten dies durch eine Zweigleise für Ein-  
und Ausfuhrbewilligung in Breslau zu erleichtern, jedoch der  
Umweg über Berlin vermieden wird. Da wir so viele große  
Städte im Osten abtreten müssen, bleibt Breslau der einzige große  
Handelsplatz des Ostens.

Herr Reinhardt: Meine besondere Forderung gehört  
der Verbesserung der Mannschaften. Gegenüber dem Abg. Hans  
soll ich bemerken: Ich weiß natürlich, daß es auswendig stets  
unabhängig schwer geworden ist, Saries für die Truppen zu  
bestimmen.  
Abg. Dr. Kahl (DVP.) verteidigt die Unterführer  
gegen die Inariffa, die Abg. Einheimer (Soz.) bei der zweiten  
Lesung gegen sie verurteilt hat.  
Abg. Dr. Einheimer (Soz.): Die jetzigen Juristen, die  
nur Juristen sind, sind schlechte Juristen. Zur Sachkenntnis muß  
die Kenntnis des tatsächlichen, die Kenntnis der sozialen Zu-  
sammenhänge kommen. Die Praxis allein genügt nicht. Der  
Sinn dafür muß schon bei den Studenten gepflegt werden. Der  
Juri muß nicht nur das geltende Recht anwendbar verstehen,  
sondern auch verfassungsrechtliches, geographisches Verständnis be-  
sitzen. Die Ausbildung der jungen Juristen, die später unsere  
letzten Beamten sein werden, gehört zu den wichtigsten Fragen.  
(Beifall bei den Soz.)

Reichsfinanzminister Schiffer: Diese Frage gehört zur  
Zuständigkeit der Länder, doch hat das Reich großes Interesse daran,  
daß die Juristen einheitlich ausgebildet werden. Daher werden  
wir in Besprechungen darüber mit den Einzelstaaten einziehen.  
Abg. Stolten (Soz.): Ich weiß auch hier bei der dritten  
Lesung auf unsere Resolution hin, die die Regierung auffordert,  
den neuen Landesfinanzämtern möglichst bald eine gesetz-  
liche Grundlage zu geben. Nach Möglichkeit muß eine Verordnungs-  
gebung mit der Einzelstaaten darüber stattfinden. Für Ham-  
burg und Bremen kann das jetzige Protokoll nicht bestehen  
bleiben.

Reichsfinanzminister Erzberger verpricht bei der zweiten  
Lesung der Reichsabgabenordnung einen derartigen Gesetzentwurf  
vorzulegen.  
Es folgt die dritte Lesung des Staatsgesetzes.  
Abg. Schulz-Bromberg (DVP.): Wir lehnen den Etat ab.  
(Hört, hört! bei der Mehrheit.) Selbstverständlich müssen die  
Einnahmen und Ausgaben weiter gezahlt werden; aber wir können für  
diesen Etat die Verantwortung nicht übernehmen. (Lachen bei der  
Mehrheit.)

Abg. Dr. Heineke (DVP.): Die deutsche Volkspartei hat  
gestritten einzelnen Punkten des Etats zustimmen können. Nach  
den Beschlüssen der parlamentarischen Regierung lehnen wir ab,  
aber die Zustimmung zum Etat heißt den Austritt des Reichs-  
ratens zu der jetzigen Regierung. Wir werden daher gegen  
den Gesamtetat stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Seeger (US. — mit Heiterkeit empfangen): Wir  
lehnen den Etat selbstverständlich ab. Eine Regierung, die sich  
nur auf Gewalt stützt, die jede sozialpolitische Maßregel nicht aus-  
führt, die jeder soziale Fortschritt entgegensteht, aufrecht er-  
hält, wird nicht einverstanden sein. Wir lehnen deshalb den Etat ab.  
(Beifall bei der Mehrheit.)

Reichsfinanzminister Erzberger: Die abgelehnte Hal-  
tung der „Unabhängigen“ und der Rechten hat uns nicht über-  
rascelt. Die Begründung der Deutschnationalen steht aber mit der  
Majorität im Widerspruch. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Daß  
die Steuern nicht einkommen würden, ist kein Grund für die Ab-  
kehrung des Etats. Würde es nach den Deutschnationalen gegen-  
über, so wären die Ausgaben noch höher geworden. (Hört, hört!  
bei der Mehrheit.)

Abg. Schuler (DVP.): Ich beneide die Parteien der  
Rechten nicht um die Gesettheit, in die sie geraten sind. Ankerhe-  
Recht und Ankerhe Recht wenig verbunden. (Lachen rechts.)

landslos“ geachtet, wenn wir das gleiche taten. Wenn von Rück-  
wirtschaft gesprochen wird, so ist das nur die Folge ihrer (nach  
rechts) Mißwirtschaft. Ich würde die Rechten weiterhin gute  
Besserung. (Sehr richtig.)

Abg. Dr. Heineke (DVP.): Scheidemann hat unrecht. Die  
Verhältnisse liegen heute anders. Als die Sozialdemokratie den  
Etat ablehnte, gab es eine von der Reichsvertretung unabhängige  
Regierung. Heute aber haben wir die parlamentarische Regie-  
rungsform. (Beifall rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (DVP.): Mißwirtschaft ist, wenn  
überflüssige Minister ongestellt und die Kriegsgesellschaften nicht  
abgeschafft werden.  
In der Gesamtabstimmung wird der Etat gegen die  
Stimmen der beiden Rechtenparteien und der „Unabhängigen“ an-  
genommen.  
Es folgt die zweite und dritte Beratung des Entwurfes einer  
Ergänzung des Besatzungsgesetzes. Der Entwurf  
wird dem Ausschusse gemäß angenommen. Nach dem Zusatze  
anträge werden die Berichte des Ausschusses für Postitionen,  
des 6. Ausschusses (für Volkswirtschaft) und des 7. Ausschusses (für  
soziale Angelegenheiten) erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, den 20. No-  
vember, nachmittags 3 Uhr. Die Tagesordnung wird später  
vom Präsidenten mitgeteilt werden.  
Schluß gegen 2 Uhr.

### Der deutsche Protest gegen die Ostseeperre.

Die deutsche Regierung hat in Paris eine Note überreichen.  
lassen, in der gegen die verhängte Ostseeperre Verwahrung  
eingeleitet wird. Eingehend wird nachgewiesen, wie die Blockade  
zu einer sehr schweren Schädigung des deutschen  
Wirtschaftslebens geführt hat. Zahlreiche deutsche  
Schiffe liegen in den deutschen Ostseehäfen fest, unentbehrliche  
Rohstoffe, Erze usw. und Lebensmittel, namentlich Fleisch und  
die in Dänemark gekauften Kartoffeln können, was bei der  
äußerst unangünstigen Kartoffelernte sehr bedenklich ist, auch  
mangelnde Nahrungsmittel, deutsche Frachttränke für die zur  
Verfügung zu stellen, nicht der Wirtschaft zugeführt werden.  
Durch die Erstreckung der Sperre auf die Fischerei,  
die innerhalb der Küstengewässer noch in ganz beschränktem  
Umfange möglich und wenig erziehbildend ist, entsteht nicht nur ein  
sehr empfindlicher Ausfall an Nahrungsmitteln für die Groß-  
städte des Binnenlandes und des mehrere tausend Zentner  
täglich umlaufenden Ertrages des Ostseefischergesamtes, sondern auch  
schwere Schäden für die Fischereibevölkerung. Vor allem wird  
diese Beschränkung auch die Herbeiführung der zur Vermeidung  
des völligen Zusammenbruchs des Wirtschaftslebens in Ost-  
preußen notwendigen Kohlenmengen wesentlich erschweren.

Die deutsche Regierung hat in ihren Noten, insbesondere  
in denen vom 3. und 16. Oktober zur Frage der Räumung  
des Baltikums den Nachweis erbracht, daß sie mit allen  
Mitteln bestrebt ist, den Rückzug ihrer Truppen  
aus dem Baltikum und aus Litauen mit  
größter Energie durchzuführen. Indem die deut-  
sche Regierung im Übrigen auf ihre Stellungnahme im einzelnen  
in der Note vom 16. Oktober Bezug nimmt, weist sie darauf  
hin, daß an der Unternehmung bei Riga, die  
als äußerer Anlaß für die Maßnahmen der internationalen  
Marinekommission angeführt worden sind, die deutschen  
militärischen Stellen unbeteiligt sind. Wenn  
auch dieser Sachlage eine Sperre gegen die deutsche Schifffahrt  
und weite deutsche Küstengebiete verhängt, und dabei sogar zeit-  
weise über die noch anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen  
Deutschland zurechende Gebietshoheit über seine Küstengewässer  
hinausgegangen wurde, so muß die deutsche Regierung  
gegen diese unangenehmsten Vergeltungsmaßnahmen,  
durch die zahllose an den Vorkämen im Baltikum  
gänzlich unbeteiligte Deutsche schwer geschädigt werden,  
zunehmend heftig vor aller Welt Verwahrung ein-  
zulegen.

Die deutsche Regierung erachtet daher die alliierten und  
assoziierten Regierungen noch mal s dringend, die Maßnahme,  
die bei ihrer Anordnung als vorübergehend bezeichnet worden  
ist, nunmehr völlig aufzuheben und Anordnungen zu  
treffen, daß alle festgehaltenen Schiffe, die sich zur Zeit ihrer  
Freihaltung in Unkenntnis der angeordneten Sperrung befinden  
haben, ihren Eigentümern zurückgegeben werden.

### Die deutsche Antwort wegen der Sowjet-Blockade

Gleichzeitig mit dem Protest gegen die Ostseeperre hat die  
deutsche Regierung in Paris auch die Antwort auf die Aufforde-  
rung der Entente zur Blockade von Sowjet-Rußland überreichen  
lassen. In der Note wird ausgeführt, daß auch in Deutsch-  
land nicht unerhebliche bolschewistische Strö-  
mungen beständen, aber diese mit Erfolg bekämpft seien. Die  
deutsche Regierung war deshalb in der Lage, über die Ursachen  
und die Ausbreitung der bolschewistischen Strömungen eigene  
Erfahrungen zu sammeln, auf Grund deren sie es für ihre  
Pflicht hält, darauf hinzuwirken, daß die ihr von den alliierten  
und assoziierten Regierungen vorgeschlagenen Maßnahmen gegen  
das bolschewistische Rußland den gewollten Zweck nicht entsprechen.  
Die Hungerblockade vor allem würde nur fördernd auf  
die anarchische Bewegung, statt sie zu hemmen. Nur  
von der Wiederherstellung des für den ruhigen Wiederaufbau  
Europas so notwendigen Kontaktes mit den anderen Völkern er-  
hofft die Reichsregierung eine Ausgleichung des politischen Lebens  
in Rußland an die europäische Demokratie. Die deutsche Regie-  
rung erklärt sich bereit, an allen ihr irgendwie zweckmäßig er-  
scheinenden Maßnahmen, die das gemeinsame Ziel des Schutzes gegen  
den Bolschewismus erreichen helfen, teilzunehmen, aber sie glaubt  
in erster Linie darauf aufmerksam machen zu müssen, daß ein Zu-  
sammenwirken der Mächte zur dann ersichtlich sein könnte, wenn  
neben der Erkenntnis des gemeinsamen Interesses auch die Acht-  
ung und logische Anerkennung der gegenseitigen  
Rechte geübt ist. Daß diese Voraussetzung vorliegt, läßt  
aber so lange kaum angenommen werden, als die alliierten und  
assoziierten Regierungen es für angebracht erachten, in demselben  
Zugehelt, in dem sie Deutschland zur Teilnahme an der Blockade  
aufzuredern, aber die deutschen Räten und die deutschen  
Schiffe selbst die Blockademahregeln verhängen.

### Die widerpenntigen Baltikumtruppen werden für fahnenflüchtig erklärt.

Die Rücktransporte deutscher Truppen aus dem Baltikum sind  
in letzter Zeit sehr stark vor sich gegangen. Von den Truppen-  
teilen, die zur Heimkehr geneigt erschienen, hat sich nur ein ganz  
geringer Teil wirklich zur Rückkehr entschlossen. Die Zahl der zur  
weitausgehenden Ernte übergetretenen deutschen Soldaten wird auf  
34-36000 Rama geschätzt. Unter diesen Umständen hat die  
Reichsregierung nunmehr folgenden Termin für die Heimkehr der

Truppen in die Heimat festgelegt: Wer bis zum 11. No-  
vember die Grenze nicht passiert hat, wird für fahnenflüchtig  
erklärt und verliert damit selbstverständlich alle Versorgungsan-  
sprüche an das deutsche Reich.

### Der Hohe Rat auf der Suche nach neuen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.

U. Bern, 31. Oktober. Der Oberste Rat setzte die  
Beratungen über die Verletzungen der Klauseln des  
Waffenstillstandes fort. Er beschäftigte sich mit der  
Formulierung des Grundbeschlusses, daß das Inkrafttreten des  
Friedensvertrages von Versailles, den der Friedensauschuss  
an Stelle des Waffenstillstandes setzte, von der deutschen Regierung  
nicht für die Punkte herangezogen werden darf, die sich auf  
die Bedingungen des Waffenstillstandes beziehen, aber im  
Friedensvertrage selbst nicht enthalten sind. Man hat daher  
die Aufstellung eines Protokolls in Aussicht ge-  
nommen, worin die Deutschen sich verpflichten,  
diejenigen Klauseln des Waffenstillstandes,  
die sie nicht erfüllt haben, noch zu erfüllen.  
Es wurde auch erneut über die Entschädigung beraten,  
die Deutschland für die Versenkung der Flotte in  
Scapa Flow zu zahlen haben wird. Das Pariser „Journal“  
weist hierüber zu berichten, daß Deutschland nicht alles  
rollende Material herausgegeben hat, 14  
Petroleumtransporter von Antwerpen nicht abliefern und  
Hondelschiffe an neutrale Mächte verkaufen. Außerdem habe  
es sich geweigert, ein Verzeichnis über die aus Belgien und  
Frankreich beschafften Geräte zu übermitteln.

### Inkrafttreten des Friedensvertrages am 11. November?

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen erklärte Mittwoch  
im englischen Unterhaus, man hoffe, den Friedensvertrag am  
11. November, dem Tag des Waffenstillstandes, in Kraft setzen  
zu können. Wie bereits von uns mitgeteilt, erwartet Donar  
Law das endgültige Zustandekommen des Friedens nicht  
vor März 1920.

### Die Arbeitskonferenz in Washington.

Aus Washington wird gemeldet: Mittwoch 12 Uhr mit-  
tags wurde die Internationale Arbeiterkonferenz von dem Außen-  
minister eröffnet. 30 Staaten waren durch 200 Delegierte  
vertreten. In einer Ansprache erklärte der Arbeitsminister, daß  
man zu einer Organisation schreiten müsse, und stellte sich auf den  
Standpunkt, daß nur die Staaten, die das Friedens-  
abkommen ratifiziert hätten, an der Konferenz  
teilnehmen sollten. Als Präsident der Organisationskommission  
verlas der Franzose Fontaine einen Bericht, in dem die  
Angelegenheiten aufgeführt waren, die den Verhandlungen der  
Konferenz unterliegen. Zum Schluß traten die Delegierten der  
einzelnen Staaten zu einer besonderen Sitzung zusammen und  
wählten die Kandidaten für die verschiedenen Ämter des Bureau.  
Wie die „N. Y. N.“ aus parlamentarischen Kreisen erfahren,  
hat sich der Reichsminister a. D. Rudolf Wissell  
nunmehr endgültig entschlossen, an der Washingtoner Arbeitskon-  
ferenz teilzunehmen. Wissell reist als Vertreter des Reichs  
Arbeitsministeriums in der Eigenschaft eines himmels-  
berechtigten Delegierten. Führer der Delegation bleibt nach wie  
vor der Staatssekretär a. D. Dr. August Müller. Den deutschen  
Teilnehmern an der Washingtoner Konferenz ist das genaue Da-  
tum der Abreise bisher noch nicht mitgeteilt worden.

### Gefährliche Zeitungen.

In dem Verzeichnis der dauernd in der von Franzosen  
besetzten Zone verbotenen Zeitungen und Zeitschriften befinden  
sich neben der „Rote Hand“ (München), „Deutsche Freiheit“  
(Berlin), auch die „Monatsblätter für Arbeiter-  
versicherung“ (Berlin).

### Polnische Zivilisation.

Aus Posen erfahren die „N. Y. N.“: In allen Kreisen der  
Polen herrscht schärfste Empörung über das unqualifi-  
fizierbare Verhalten der Polen gegenüber der verdienten Bor-  
kehrin der Gewerkschule in Posen. Diese, eine  
ältere Dame, ist in einer jedem sittlichen Empfinden hohnsprechenden  
Weise sechs Wochen lang zusammen mit zwei anderen „Sohres-  
rinnen“ mit geschätzten, prostituierten zusammengepackt  
worden. — Hier hat man wieder einmal einen handgreiflichen  
Beweis für die Zivilisation und Humanität, wie die Polen sie  
ausführen.

### Amerikanischer Fleischwucher.

Der Sekretär des britischen Nahrungsmittelministers erklärte  
nach Nachrichten aus dem Haag, im nächsten Jahre werde ein un-  
gehörter Mangel an Fleisch auf der ganzen Erde herrschen. Vor  
dem Kriege führte England 1 Million Tonnen Fleisch und Speck  
jährlich ein, aber 1920 wird mindestens die doppelte Menge nötig  
sein. Das übrige Europa wird mindestens 3 Millionen Tonnen  
brauchen. Das wird die Fleischpreise ins ungeheure steigern, da  
der Fleischmarkt in Amerika alles tue, um diese Not  
noch zu steigern. Der Trutz hat nicht nur alles Vieh, sondern  
auch sämtliche Futtermittel aufgekauft, um so die  
Fleischversorgung der ganzen Welt in die Hand  
zu bekommen.

### Politische Rundschau. Deutschland.

Reichsminister Erzberger und Bundesstaaten.  
Die schließliche Regierung hat Einspruch gegen den  
Entwurf zu dem neuen Wirtschaftsrat erhoben mit  
der Begründung, daß Sachsen darin nicht seiner wirtschaftlichen  
Bedeutung entsprechend berücksichtigt ist. Zurzeit werden die säch-  
sischen Forderungen in Berliner Konferenzen besprochen. Wie  
verlautet, bemühen sich die deutschen Länder überhaupt, größeren  
Einfluß im Reichswirtschaftsrat zu gewinnen.

### Der Attentäter Hoff.

Der Attentäter Hoff, der den Anschlag auf Haase verübte,  
befindet sich, wie die „N. Y. N.“ erfahren, im Untersuchungs-  
gefängnis in Moabit. Die Untersuchung auf seinen Gefängnisstand  
wird veranlaßt werden. Die Anklage lautet auf „versuchte  
Totschlag“. Die weiteren Vernehmungen des Attentäters ha-  
ben den Eindruck verstärkt, daß es sich nicht nur um einen geistig-  
minderwertigen, sondern sogar um einen geistesgestörten  
Menschen handelt.



# Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 31. Oktober.

Eine Kartellversammlung, an der außer den Gewerkschaftsvorständen auch die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände teilnahm, tagte am Donnerstag abend im Gewerkschaftshaus. Zunächst wurde die Errichtung einer technischen Nothilfe eingehend besprochen. Dr. Jakobson-Hamburg wies in seinem Referat auf den Zweck und die Bedeutung derselben hin und empfahl auch für Lübeck deren Einführung. Die Technische Nothilfe, die vom Reich errichtet und einer Zivilbehörde unterstellt wird, hat ihren Hauptsitz in Berlin und erstreckt sich in den größeren Städten Ostpreußen. Leiter derselben sollen Fachleute sein. Produzieren Arbeit soll die Nothilfe nie verrichten, sondern sie soll nur im äußersten Notfall in lebenswichtigen Betrieben Notarbeit leisten, um Betriebe oder Personen vor dem völligen Untergang zu schützen. In Betrieben oder Gewerben, wo die Notarbeit von den Arbeitern selbst verrichtet wird, ist die Technische Nothilfe überflüssig. In Berlin hat sich unsere Partei nach reiflicher Ermägung für die Nothilfe erklärt. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften ist nicht dagegen, weil sie als eine soziale Angelegenheit angesehen wird. In der lebhaften Aussprache äußerten einige Lübecker Bedenken und mahnten zur Vorsicht. Von unabhängiger Seite wurde gesagt, es sei eine Streikbrecherorganisation. Demgegenüber betonten mehrere Redner, die Gewerkschaften und Parteigenossen müßten die Sache selbst, wie bei der Einwohnerwehr, in die Hand nehmen, dann sei eine Schädigung der Arbeiterinteressen unmöglich, weil dann die Gewerkschaften und Parteigenossen über die Verwendung der Nothilfe entscheiden würden. Nicht allein in industriellen Betrieben, sondern auch in der Landwirtschaft, bei Werftbetrieben, überhaupt dort, wo durch Unternehmer oder Angestellte Sabotage getrieben würde, könne eine Verwendung in Frage kommen. Es wurde folgende Entschließung gegen 3 Stimmen angenommen: „Die heutige Kartellversammlung stimmt der Einführung der Technischen Nothilfe nur dann zu, wenn das Gewerkschaftsstatut allein das Bestimmungsrecht über die Verwendung desselben erhält. Das Gewerkschaftsstatut fordert die Lübecker Arbeiter und besonders die Mitglieder der technischen Angestellten auf, sich der Nothilfe zur Verfügung zu stellen.“ In Lübeck ist mit der Errichtung der Nothilfe Ingenieur Heide beauftragt worden.

Darauf wird das in der ganzen Arbeiterschaft ungeheure Erregung hervorgerufene Urteil gegen die streikenden Tischler scharf kritisiert. Dazu lagen Protestentscheidungen vor von der Arbeiterschaft der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft; von Havemann & Sohn; der Maschinenfabrik von Beth; des Drägerwerks und der Travemünder Flugzeugwerft. Die Arbeitsgemeinschaft der freien Angestelltenverbände hat ebenfalls gegen das Urteil Protest erhoben. Ein weiterer Protest ist von 131 Arbeitern unterschrieben. Alle Redner wandten sich in scharfen Worten gegen das Urteil, das sie unbegreiflich finden, da es keine Spur von sozialem Empfinden der Richter enthält. Solche Urteile müßten das gesamte Volk empören. Genosse Mehrlein übte ebenfalls Kritik an dem Urteil und ging ausführlich auf die juristische Seite der Sache ein. Er betonte, daß es keine Berufung, sondern nur eine Revision, die nur durch vorgekommene Fehler begründet werden könne, am Reichsgericht gegen das Urteil gebe. Es dauere nämlich ein halbes Jahr, bis eine Revision zur Verhandlung komme. Das Urteil würde aber inzwischen nicht rechtskräftig. Ein Wiederaufnahmeverfahren sei dann möglich, wenn neue Zeugen auftreten, die die Sache anders darstellten. Eine bedingte Begnadigung sei ebenfalls möglich. Ein Protestbrief, der teilweise gemüht wurde, könne der Sache nicht dienen. Einmal müsse erst abgewartet werden, bis das Urteil Rechtskraft erlangt habe, zum andern seien aber auch laut Gesetz die Richter unverletzlich. Weiter wurde besonders hervorgehoben, daß dieses Urteil in der Nationalversammlung zur Sprache kommen müsse. Eine Revision des Strafgesetzbuches sei unbedingt zu fordern. Der Redner erklärte auch teilweise einen politischen Einschlag. Bemerkenswert sind einige Ausführungen des „Unabhängigen“ S. H. Auch er erklärte sich gegen den Protestbrief und verurteilt manche Handlungsweise der „Unabhängigen“ und Kommunisten, nämlich aber, daß ihnen solche Fehler nicht immer wieder um die Ohren geschlagen würden. Einstimmig wurde ein Protest gegen das Urteil angenommen und die Kartellkommission beauftragt, das Material der Nationalversammlung zu unterbreiten. Zum Schluß kamen Angehörige der Gewerkschaften der Reichswehr zur Sprache. Besonders wurde das von einigen Personen in der Uniform im Gewerkschaftshaus geübte Vorgehen gegen dieselben verurteilt. Man solle die Leute nicht von uns abziehen, sondern sie heranzuziehen suchen. Andererseits hob man auch hervor, die Reichswehrleute müßten sich bemühen, provozierende Gespräche und Handlungen zu unterlassen. Anständiges Betragen müsse von jeder Seite geübt werden. Ein Delegierter weist noch auf die auf dem Hofsaufwert beschäftigten kriegsgefangenen Russen hin, die, trotzdem sie die gleiche Wohnung erhalten als die übrigen Arbeiter, keine Steuern zahlen. Hier müsse schon im Interesse des Staates Abhilfe geschaffen werden.

Zu hürgerlichen Deputierten wurden vom Senat erwähnt: Bei der Steuererschätzungs-Kommission für die Vorstadt St. Gertrud: der Arbeiter Wolf Warde an Stelle des aus dem Lübecker Staatsgebiet verjagten Hauptkassierers Johannes Stellung. Bei der Steuererschätzungs-Kommission für den Stadtteil Karoli und Seebad Travemünde: der Hotelbesitzer Friedrich Häbler zu Travemünde an Stelle des verstorbenen Kassenmeisters Julius Schmidt. Bei der Oberstaatsbehörde: Der Buchdrucker Johannes Körner an Stelle des zum Senatsmitglied erwähnten Parteisekretärs William Bromme. Bei der Friedrichshofbehörde: Der Arbeitersekretär Alfred Dreger an Stelle des aus dem Lübecker Staatsgebiet verjagten Hauptkassierers Johannes Stellung. Bei der Behörde für Travemünde: Der Schlosser Wolf Löwigt an Stelle des zum Senatsmitglied erwähnten Parteisekretärs William Bromme.

Arbeitsnachweis für das Bädergewerbe. Mit dem 31. Oktober ds. Js. stellt der Arbeitsnachweis der Bäder-Jungung seine Tätigkeit ein und wird ab 1. November ds. Js. dem Oeffentlichen Arbeitsnachweis als besondere Fachabteilung angegliedert. Die Vermittlung der Arbeitsuchenden aus dem Bädergewerbe findet vom genannten Tage ab im Arbeitsamt, Untertrave 104, Hauptgebäude, Zimmer 4, vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 4 1/2 Uhr statt. Anmeldungen von offenen Stellen werden vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr durchgeführt, Zimmer 2, mündlich und schriftlich entgegengenommen. Fernruf 1055 bis 1061. Ueber jeden Bedarf, jede Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften ist auf Grund der Verordnung des Demobilisierungskommissars vom 10. März 1919 dem Arbeitsamt, Abt. Oeffentlicher Arbeitsnachweis, schriftlich Mitteilung zu machen.

Gegen die Beschlagnahme von Wohnungen laufen seit längerer Zeit die Hauseigentümer Sturm. Sie können sich in die Notlage des Staates und eines großen Teiles seiner Bürger nicht hineinreden und wählen gegen Maßnahmen, die im Interesse der Gesamtheit und insbesondere vieler Kriegsteilnehmer getroffen werden müssen. So helfen eigennützige Hausagrarier den Daut des Vaterlandes an denen abtragen, die dafür einzutreten, daß sie wohlgeborgen den Krieg überleben konnten. Aber was kümmert sie das, wenn nur ihr Vorrecht nicht geschmälert wird. Auch in der letzten Bürgerkassierung erklärte der Deutschnationaler Dr. Witzler das Vorgehen des Demobilisierungskommissars als rechtsunwürdig. Eine Entscheidung in dieser Streitfrage fällt nun die Zivilkammer I des Landgerichts Bremen. Das Gericht hat dem Antrag des gegen den brennlichen Staat klagenden Hauseigentümers entsprochen und den Beklagten verurteilt, bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geldstrafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung es zu unterlassen, daß er Beamte in das Haus

des Klägers zwecks Beschlagnahme von Wohnungen schickt und daß er solche Beschlagnahme vornimmt. Begründet war der Klageantrag u. a. damit, daß die Verordnung des brennlichen Staates gegen Bestimmungen der Verfassung verstößt. Wie die Bremer „Wohn.-Ztg.“ meldet, hat das Gericht sich auf den Rechtsstandpunkt gestellt, daß die Verfassung die Beschlagnahmen von Wohnungen und Beschränkungen des Wohnrechtes von einem förmlichen Verfahren und Entschädigung für die Enteignung bzw. Beschränkung abhängig macht. Ueber diese Verfassungsbestimmungen habe die Verordnung sich hinweggesetzt. Bis zur Rechtskraft des Urteils hat das Wohnungsamt die Beschlagnahmen von Wohnungen auf Grund der vom Landgericht für rechtsunwürdig erklärten Verordnung einstweilen eingestellt. — Endgültig ist dieses Urteil aber noch nicht.

Die Ostseeblockade. Aus allen größeren Ostseehäfen kommen von sachverständiger Seite Nachrichten, welche bestätigen, daß für die Küstenschiffahrt an der Ostküste die Erleichterung der Ostseeblockade kaum von irgendwelcher Bedeutung ist. Ein auf die Höhe der Seefahrt beschränkter Verkehr der deutschen Schiffe ist dadurch unmöglich, daß die Schiffe sich dauernd in den Hoheitsgewässern nicht aufhalten können, einerseits wegen ihrer Größe, andererseits weil stellenweise die so freigegebene Fahrtrasse durch Wracks gesperrt ist. Auch der Verkehr der Fischerfahrzeuge kann nur in sehr beschränkter Umfang stattfinden, da überall der Fang meist nur außerhalb der Hoheitsgewässer möglich ist. Nur in Danzig verkehrt man einige Erleichterungen dadurch, daß es möglich ist, von Stettin aus kleinere Schiffe mit Lebensmittel und Kohle durch die Hoheitsgewässer dorthin zu bringen. Die sogenannte Erleichterung der Blockade steht demnach nur auf dem Papier; es muß, wie aus sachmännischen Kreisen gemeldet wird, darauf gedrungen werden, daß eine Zone von mindestens sieben bis zehn Seemeilen freigegeben wird.

Die deutsche Besatzung des Dampfers „Eiland“, der außer einer Besatzung auch fünfzig Generalisten mit sich führte, weigerte sich, wie jetzt erst bekannt wird, vom hiesigen Hafen nach Kaval auszulassen, ehe Gewißheit gegeben war, daß die Mannschaft weder in Gefangenschaft gerate noch das Schiff gefaßt werde. Daraus antwortete die Admiralität aus London telegraphisch, daß die Rückkehr des Dampfers nach einem deutschen Hafen zugesichert werde und daß möglichst keinerlei Verzögerung in der Abreise des Schiffes, dessen Ladung dringend benötigt würde, eintreten solle. „Eiland“ lief am 22. Oktober aus.

Wohlwühlberechtigter, die sich in besonderer Notlage befinden, können Anträge auf Gewährung einer staatlichen Beihilfe über das bisherige Maß hinaus unter Angabe der Gründe in der Geschäftsstelle des Landesversorgungsamtes, Königstraße 131 stellen.

Schöffengericht. Einem Brillanten im Werte von 600 Mk. hat der Krankenpfleger R., der wegen Betruges gegenwärtig eine Gefängnisstrafe verbüßt, verpfändet. Den Ring, der einer Frau M. gehörte, wollte er angeblich zum Goldschmied bringen, um ihn enger machen zu lassen. Anstatt dessen aber brachte er ihn ins Pfandhaus. Dafür erhält er am Freitag zwei Monate Gefängnis. Das Gericht betrachtete es als eine Thorheit von Frau M., dem Angeklagten den Ring übergeben zu haben. R. hatte sich außerdem noch wegen einer anderen Unterschlagung zu verantworten. Er hatte sich von einem Kollegen Wäsche und ein Jackett geliehen, aber nichts davon zurückgegeben. Für diese schändliche „Belohnung“ des ihm erwiesenen Freundschaftsdienstes erhält er einen Monat Gefängnis. — Durch nächtlichen Gesang auf der Puppenbrücke soll der Arbeiter G. ruhlosenden Lärm verursacht haben. Er hatte deswegen ein Strafmandat von 10 Mk. erhalten, dagegen aber Berufung eingelegt. G. bestritt, gesungen zu haben. Ein als Zeuge vernommener Schumann bekundete dagegen, gehört und gesehen zu haben, daß der Angeklagte gesungen hat. Der Gesang wird ihm nun noch teurer, denn er muß außer 10 Mark auch noch die Gerichtskosten zahlen. — Wegen fahrlässiger Brandstiftung hat sich Frau St. aus R. zu verantworten. Sie hat in einem Stalle unachtsamerweise ein brennendes Streichholz geworfen und dadurch einen Brand verursacht. Die Angeklagte, eine Polin, hat aber durch diesen Brand dadurch selbst Schäden erlitten, daß 300 Mk., die sie im Stalle aus Sicherheitsgründen versteckt hatte, verbrannten. Das Urteil lautet auf 30 Mark, welche sie, trotz der auffällenden Worte des Richters, absolut sofort zahlen will. — Mit Karabiner und aufgepflanztem Seitengewehr sind die Frauen J. und H. ihrem Mieter entgegengetreten. Sie hatten Räume an einer anderen Familie abvermietet, später aber eines Tages deren Sachen einfach hinausgeworfen. Als darauf der Mieter nach Hause kam, begehrte er Einlass und wurde dann in der erwähnten Weise empfangen. „Läppere Soldaten“ waren die Frauen nicht, denn die Waffen wurden ihnen abgenommen und die Treppe hinuntergeworfen. Wegen dieser Handlung hatten beide einen Strafbescheid von geringer Geldstrafe erhalten, wogegen sie Einspruch erhoben. Jetzt werden sie diesen Einspruch wohl bereuen, denn Frau J. wird wegen Körperverletzung zu 50 Mk., Frau H. wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruchs zu 50 Mk. und außerdem wegen Nötigung zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt.

Schwedische Ausfuhrverbote. Ein Verzeichnis der in Schweden jetzt noch ausfuhrverbotenen Waren nach dem Stande vom 15. September 1919 ist der Handelskammer zugegangen und kann von den Beteiligten in der Kanzlei der Handelskammer eingesehen werden.

Englisches Liebeswerk. Uns wird geschrieben: Einige Wohlfahrtsorganisationen Lübecks konnten im Laufe der letzten Wochen durch Vermittlung der Deutschen Wohlfahrtsstelle, Berlin Liebesgaben der englischen „Gesellschaft der Freunde“ (bestehend aus Croken- und konfessioneller Mächte) übermitteln werden. Ihre Verteilung hat bei den Empfängern große Freude und Dank ausgelöst.

Die Lübecker Badeanstalt bleibt wegen Kohlenmangels bis auf weiteres geschlossen.

Die Theateraufführung des Arbeiterbildungsvereins am Sonntag beginnt pünktlich 1 1/2 Uhr. Um Störungen zu vermeiden ist rechtzeitiges Erscheinen erforderlich. Bei Beginn werden sämtliche Saalfüren geschlossen und kein Nachzügler hereingelassen.

Stadttheater. Sonnabend wird „Eine Nacht in Venedig“ gegeben, ein liebenswürdiges, überaus melodisches Werk von Joh. Strauß. Am Sonntag wird abends „Martha“, nachmittags für den Arbeiterbildungsverein „Lohengrin“ gegeben. Diese Vorstellung beginnt bereits um 1 1/2 Uhr. Vormittags 10 1/2 Uhr wird die erste Vorgesängerin und das Puppenpiel vom Doktor Faust wiederholt. Die Köhler Gäste werden auch bei dieser zweiten Aufführung mitwirken. Vorher spricht Karl Heidmann über den Faust- und Erlösungsgehalt in der Weltliteratur.

## Angrenzende Gebiete.

Travemünde. Probealarm. Die Bevölkerung von Travemünde wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Leitung der Einwohnerwehr Travemünde beschäftigt, am Sonntag, dem 2. November, einen Probealarm zu veranstalten.

Hamburg. Einem Raubüberfall fingierte im Kontorhaus Alsterdamm 14-15 der 15 Jahre alte Kaufmännische W., der mit einem Handtuch getriebelt und am Hals gewürgt aufgefunden wurde. Ein herbeigerufener Arzt brachte den anscheinend Verwundeten nach langen Bemühungen wieder zum Bewußtsein. Der Aufseher erklärte einem inzwischen erschienenen Kriminalbeamten, daß er vor etwa einer Stunde von zwei unbekannten Männern überfallen, geknebelt und gewürgt worden sei. Einer der Männer habe ihm dann ein Handtuch um den Hals geschlungen. Was weiter geschehen sei, könne er nicht angeben, da er die Besinnung verloren habe. Es stellte sich dann heraus, daß aus dem gestrichelten Gefängnis 3100 Mark fehlten. Da dem Beamten die ganze Angelegenheit verdächtig vorkam, sagte er dem Wachen auf den Kopf zu, daß er den Raubüberfall fingiert habe. Nach der Feststellung des Arztes konnte durch das Würgen, da die Spuren unerklärlich waren, als das Bewußtsein nicht verloren haben.

Bei einer Selbstkritik wurden die fehlenden 3100 Mark auch bei ihm vorgefunden. Der leistungsfähige Buchse legte darauf ein umfassendes Geständnis ab. — Arbeitsteilung im Ham-burger Hafen? Nach dem „Fremdenblatt“ hielt das Erwerbslosenratsmitglied Jöhner bei den Erwerbslosen einen Vortrag, in dem er eine Arbeitsteilung im Hafen zugunsten der Erwerbslosen vorschlug. Damit würde die Gefahr des Lohnrückganges und Streikbruchs beseitigt. Er schlug vor, daß innerhalb einer Arbeitsperiode von etwa 4 Wochen die jetzt in Arbeit stehenden 3 Wochen und die Erwerbslosen dann eine Woche arbeiten. Von verschiedenen Rednern wurde die praktische Durchführung der Arbeitsteilung, namentlich in den Hafenbetrieben, bewiesen, auch wurde darauf hingewiesen, daß diese Frage doch nur allein von den in Arbeit stehenden Erwerbslosen und nicht in einer allgemeinen Versammlung, an der auch die Erwerbslosen teilnehmen, entschieden werden könne. Die Durchführung sei doch auch Sache der Unternehmer. Die Erwerbslosen erklärten sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden.

Hamburg. Die Bürgerschaft beschäftigte sich u. a. mit einem Antrag der Unabhängigen über die Sonderbesteuerung der Reeder zwecks Unterstützung der arbeitslosen Seefleute. Das führte zu lebhaften Auseinandersetzungen mit dem Ergebnis, daß die Sache an einen Ausschuss verwiesen wurde. Ein paar Anträge, die schon einige Wochen der Erledigung warten, bez. den Arbeiterzitat, kamen endlich zur Besprechung und lösten eine heftige Debatte aus, in der unsere Genossen unbedeutend von den Schreibern, die sonst die Versammlung terrorisieren, mit den Unabhängigen grüßlich abrechneten. Treffend wurden die nebelhaften Diskussionsentwürfe abgelehnt und die ganze Unfähigkeit und pure Hegelei der USP, jutage gefördert. Erfreulich war die Geschlossenheit von Demokraten bis ganz nach links in der Frage der Erhaltung des Arbeiterrates und Zumeilen eines Staatsgebäudes an ihm. Es war dies wirklich höchste Zeit. Andererseits stand, als es sich darum handelte, daß der U- und S-Rat Rechnung legen sollte, das Haus geschlossen auf. Sowohl unsere Genossen, wie die Unabhängigen, lehnten es ab, eine Rechnungslegung des alten, ersten U- und S-Rates zu verlangen. Man befürchtete damit Solidarität, daß man von einer Herumbeuterei und nachträglichen Verschönerung der ersten Revolutionsregierung nichts wissen will. Sehr richtig fragte hier ein Zwischenrufer von links nach den Kosten des Rates. — Die bez. Anträge nahm man an und verlangte von der Reichsregierung baldigen Erlass des endgültigen die Stellung der Arbeiterräte regelnden Gesetzes; denn ein solches steht die Verfassung ja vor, und die Arbeiterräte müssen tatsächlich bald einmal wissen, woran sie sind.

Kiel. Stadtratswahl. Bei den am Mittwoch stattgefundenen Neuwahlen der unbesetzten Stadträte wurden die vier Kandidaten der Sozialdemokratie, und zwar die Genossen Becour, Poller, Adam und Bistupek mit je rund 1500 Stimmen gewählt. Die beiden erstgenannten Genossen gehörten schon vorher dem Magistrat an; die beiden letztgenannten wurden neu gewählt. Außerdem wurden 3 bürgerliche Stadträte gewählt.

Schleswig. Transportsperrre gegen Schiebergeschäfte. Da in der letzten Zeit große Verschiebungen von Gütern, insbesondere Vieh- und Getreidetransporte vom Süden in das norddieselmische Abteilungsgebiet stattgefunden haben, ist es notwendig geworden, die Südgrenze des Abteilungsgebietes durch Truppen zu sperren. Seit Mittwoch bedürfen alle Getreide-, Vieh- und sonstige Warentransporte, welche diese Linie passieren wollen, einer Zulassungsgenehmigung des Demobilisierungskommissars. Diese Maßnahme ist zum Schutze des deutschen Wirtschaftslebens, getroffen. Transporte, die den gestellten Bedingungen nicht entsprechen, werden zurückgewiesen. Von einer Beschlagnahme wird zunächst abgesehen — und die wäre das Wichtigste.

Malchow. Ganz enorm hohe Preise wurden bei einer Vieferverpachtung auf dem Rathaus erzielt. Es wurden 78 Rinder auf die Zeit von 1920-1925 versteigert. Die einzelnen Rinder erbrachten den 5-10fachen Betrag der abgelaufenen Nachperiode. Die Landwirtschaft rentiert sich also doch noch. Die Bauern haben sich in den vergangenen 5 Jahren so viel Bankrotten zusammengeschafft, daß sie für die kommenden 5 Jahre jeden Preis zahlen können. Haben sie doch die Hoffnung, den Aufpreis doppelt wieder vom Konsumenten einziehen zu können.

Bremsehafen. Straßenbahnstreik. Seit Freitag streiken sämtliche Straßenbahner. Die Straßenbahndirektion erklärt die Forderungen der Angestellten auf Zahlung einer Beihilfe von 500 Mk. und 50 Mk. für jedes Kind nicht erfüllen zu können. Ferner sei nicht eine Tarifserhöhung seitens der Stadtverwaltung zugesichert erhalten.

## Neueste Nachrichten.

Protest.

M. München, 31. Oktober. Die „Münch. Post“ veröffentlicht einen Beschluß des Aktionsausschusses und Vorstandes der S. P. Münchens, in dem scharfer Protest gegen die Unterbindung der Revolutionsfeier am 9. November durch das Reichsmehrgruppen-Kommando erhoben wird. Gleichzeitig wird die Zurücknahme des Erlasses gefordert. Der Gewerkschaftsausschuss hat einen ähnlichen Protest angenommen.

Judentisch vor einer Katastrophe.

M. Rotterdam, 31. Oktober. Der Berichtskat der „Morning Post“ teilt seinem Blatte mit, daß die Lage der Juden in Petersburg sehr bedenklich sei. Falls die bolschewistische Gegenoffensive gelinge, sei eine Katastrophe unvermeidlich.

Kleine politische Nachrichten.

Durch eine Verfügung des Reichsfinanzministers werden die Schutztruppen für Deutsch-Ostafrika und Kamerun aufgelöst.

Die der „Post-Ztg.“ gemeldet wird, werden sich die Kosten der Viehbelieferung an Frankreich und Belgien auf etwa 1 1/2 Milliarden belaufen.

Der Oberste Rat der Alliierten in Paris hat den Engländer Sir Reginald Tower zum Oberkommissar des Freistaates Danzig ernannt. Tower steht am Ende der über Jahre, hat in Deutschland studiert, spricht fließend deutsch und ist in der britischen Diplomatie eine bekannte Persönlichkeit, wie es heißt von demokratischer Umgebung. Seit dem 1. August 1911 war er Gesandter in Buenos Aires. Der Oberkommissar wird in den nächsten Tagen in Danzig eintreffen und im Oberpräsidium Wohnung nehmen.

Vom Montag, dem 3. November ab fallen sämtliche Schneefälle und Personenzüge fort, von denen ein Punkt im Fahrplan besagt, daß sie nur bis auf weiteres verkehren.

In einer Versammlung von Pressevertretern in Berlin hielt der Reichsjustizminister einen Vortrag über die von ihm beabsichtigten Reformen des geltenden Rechtes und kündigte bei dieser Gelegenheit an, daß bis zum Sommer 1920 dem neuen Reichstag eine Gesamtreform der Zivilprozessordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Handelsgesetzbuches und der Sondergesetze zugehen werde.

Die Offiziere der vor Scapa Flow vertriehen deutschen Kriegsschiffe will England im Gefangenenlager Donningtonhall zurückbehalten.

Die Gemeindevahlen in Fiume ergaben eine überwältigende italienisch-nationalistische Mehrheit.

Der finnische Reichstag nahm einen Protest gegen die Loslösung der Alands-Inseln an.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verleger: Th. Sauer. Druck: Friedr. Meyer & Co. Hamburg, im Oktober.



# Holstenhaus

G.m.b.H. Lübeck

die  
**vorteilhafte**  
**Bezugsquelle**

für Haushaltswaren jeder Art

**Qualitäts-Waren**

## Emaile

Schmortöpfe mit Deckel	1850	1650	1175	975
Gastöpfe mit Deckel	1650	1450	1150	975
Patent-Schnellbrater mit Deckel und Doppelboden, ovale Form besonders preiswert	46 cm lg.	2650	37 cm lg.	1950
Bratenpfannen mit Deckel eckige Form	3050	2500	2050	1650
Bratpfannen eckige Form	550	350		
Kaffeekannen	425	250		
Kaffeeflaschen	525	375		

Zinkeimer, Zinkwannen und Waschtöpfe starke Fabrikate in allen Größen.

## Billige Blechwaren

Königskuchenformen	125	95
Springformen	375	325
Tortenformen	375	325
Puddingformen	875	750
Durchschläge	275	110
Kartoffelpressen	750	475
Haarsiebe	275	150
Teesiebe	95	65

## Rein-Aluminium-Kochtöpfe

anbordnet mit Deckel	22 cm	20 cm	18 cm
	26 <sup>75</sup>	22 <sup>75</sup>	18 <sup>75</sup>

## Haushalts-Maschinen

Kaffeemühlen	1550	1150
Möhlen Gußeisen, z. Anschrauben	2450	
Reibmaschinen	1375	
Fleischhackmaschinen	2450	
Brot Schneidemaschinen	1950	
Kaffeebrenner	950	625

Wieder eingetroffen:

**Ofen-Garnituren**  
Ofenschirme, Kohlenkasten und Vorsetzer

## Preiswerte

## Bürstenwaren

la. Roßhaarbesen	1275	975
Handfeger Roßhaar	725	575
Scheuerbürsten	90	50
Leuwagen	225	125
Glanzbürsten	385	175
Zeugbürsten	450	275
Bohnerbesen	2975	2250

## Wringmaschinen

mit 1a. Gummiswalzen für Heiß- und Kaltwasser

Zentralhallen, morgen, Sonnabendabend:  
**Herbstblumenball**

Wir kaufen sehr vorteilhaft

# Herrn-Anzüge

gut Stoffe, ganz gefüttert  
haltbare Verarbeitung

210.- 235.- 265.-

Blaue Zweih. Anzüge 390.-

Ulster und Paletots  
von Mk. 150.- an.

# August Haerder & Co.

Lübeck.

## Das Zahnpulver No. 23

gesetzlich geschützt  
die neue verbesserte Zahnpulver  
auf wissenschaftlicher Grundlage  
nach Zahnarzt Paul Bähr  
in 2 Packungen.  
„Rosa“: erhält die Zähne gesund und blendend weiß.  
„Weiß“: zahnsteinlösend, reinigend. (9321)  
Man verlange ausdrücklich **No. 23** mit Namenszug  
Zahnarzt P. Bähr  
in Lübeck in allen Apotheken und Drogerien.

## Geschäfts-Eröffnung.

Unterzeichnete erlauben sich die höf. Mitteilung zu machen, daß sie mit dem heutigen Tage

**Biedergrube 33, Gde. Südfahren**  
ein

## Drogen-, Farben- und Parfümerie-Geschäft

eröffnen.  
Wir werden bestrebt sein, durch mäßige Preise und aufmerksamste Bedienung uns das Vertrauen der werthen Kundschaft zu erwerben und zu erhalten.

Hochachtungsvoll (9318)  
**Neptun-Drogerie**  
Bruhn & Krause.

## Volk und Zeit

Zur Erinnerung an die Revolution.  
16 Seiten mit vielen Abbildungen in Kupferstichdruck.  
Preis 30 Pfg. Buchhdlg. Friedr. Meyer & Co.

## Restaurant „Zur Himmelsleiter“

Auf Sonnabend, dem 1. November:

## Groß-Familienball

und am Sonntag, dem 2. November:  
Musik-Unterhaltungs-Abend.

Hierzu ladet freundlichst ein (9287)  
Richard Wolff, Hardestr. 9.

## Konzerthaus Flora

## Großer Ball

des Vereins „Volk und Zeit“  
am Sonntag, dem 1. November d. J.  
Anfang 7 Uhr (9324) Größe?

## Dr. Siering

Sprechstunde (9324)  
ab 1. November:  
Werktags nur von 11-1 Uhr.

## Halbstarke Hofenträger

Weiche Kragen zum Selbstwaschen.  
Strawatten 9288  
Papier-Wäsche

**Aug. Janensch**  
Sandstraße 6.

Moderne Schmucksachen,  
M. Trauringe, versch. Preisl.,  
Bestecke, Silber und versilbert  
**Goldschmied Tollgreve,**  
(9289) 92 Königstr. 92.

## Extra starke Hand-Blodwagen

3-8 Ztr. Tragkraft  
**Karl Schumacher,**  
(9291) Mühlstr. 28.

## Die neuen Postgebühren

(gültig ab 1. Oktober 1919)  
Preis 25 Pfg.  
Buchhandlung  
**Friedr. Meyer & Co.**

## J. H. Pein

Am Markt 12.  
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für  
erfüllte Manufaktur-  
waren - Spezialhaus  
für Herren, Bestiebere  
und Damen - Herren-  
u. Kinder-Garderoben  
Arbeiter- und  
Berufsleistung. (9286)

## Arbeiter-Bildungsverein.

Vorstellung im Stadttheater  
am Sonntag, d. 2. November 1919:  
**Lohengrin**

Oper von Richard Wagner.  
Anfang 1 1/2 Uhr präzise.  
Kinder haben keinen Zutritt.  
Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.  
9292) Der Vorstand.

**Restaurant W. Feddern,**  
Blodengießerstraße 28.

Verspielen von Gänsen u. Enten  
am Sonnabend, d. 1., u. Sonntag, d. 2. Novbr.,  
auf einem Tischbillard.  
Anfang morgens 10 Uhr. Einlaß 2 Mt.  
Es ladet freundlichst ein (9300) **W. Feddern.**

**Zentral-Verband der Zimmerer**  
Bestände Lübeck.

Einladung zum  
**35jährigen Stiftungs-Fest**  
am Sonnabend, dem 1. November,  
im Gewerkschaftshaus.

Anfang 6 Uhr. Ende 12 Uhr.  
Eintritt für Herren 2.00 Mt., Damen 1.00 Mt.  
(9285) Der Vorstand.

## Grosser Preis-Skat

Sonntag, den 2. November  
nachm. 4 Uhr. (9312)  
Hierzu ladet freundlichst ein  
**Fr. Behne, Arminstr. 38**



## Turnverein Stockelsdorf und Umgegend.

## Ball

verbunden mit  
turnerischen Aufführungen  
am Sonntag, dem 2. November  
im Gesellschaftshaus  
**O. Diederichsen**  
in Fackenburg.  
Anfang 7 Uhr. Ende?  
Herrenkarte 1.50 Mt.  
Damenkarte 1.00 Mt.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
(9283) **Das Komitee.**

## Geniner Baum. Großer Ball.

Sonntag, den 1. Novbr.  
Musik: (9299)  
Oldesloer Blasorchester.  
Anfang 6 Uhr.

## 17 Beckergrube 17

Auf zum Schorsch!  
Urgemüthlicher Uk.

## Stadthallen-Lichtspiele.

Lübeck, Mühlenbrücke 13.  
Heute und folgende Tage:  
**Asta Nielsen**  
in ihrem Film

## Nach dem Gesetz

Drama in 5 Akten.  
**Das Millionenmädchen.**  
Aufspiel in 3 Akten  
mit (9322)  
**Ossi Oswald.**  
Industrie und Natur-  
aufnahmen.

## Fackenburg-Liedertafel

Mitglied des Deutschen  
Arbeiter-Liederbundes.

## General-Verammlung

am Sonntag, den 2. Nov.,  
nachm. 2 Uhr, im Lokale  
von **Otto Diederichsen,**  
Fackenburg. (9318)

Um zahlreiches Erscheinen  
bittet **Der Vorstand.**

## Hansa-Theater

Freitag: Tanzabend  
Gastspiel Gertrud u. Ursula  
**Falke (Hamburg).**

## Hoheit

tanzt  
**Walzer**  
Optie. von Leo Ascher.  
Sonntag: (9284)  
Hoheit tanzt Walzer.

## Stadttheater Lübeck

(9316)  
Freitag, den 31. Oktober:  
7. Vorstellung im Freitag-  
Abonnement.  
Anfang 7 Uhr.

## Hoffmanns Erzählungen

Phantastische Oper in 3 Akten  
1. Vorspiel und 1 Nachspiel  
von J. Offenbach.

## Eine Nacht in Venedig.

Sonntag, den 2. November:  
Anfang 10 1/2 Uhr:  
Außer Abonnement.

## Morgensfeier.

Hierauf:  
**Das Puppenspiel**  
vom **Doktor Faust**  
Anfang 1 1/2 Uhr:  
Veranstaltung für den  
Arbeiterbildungsverein.

## Lohengrin.

Anfang 7 Uhr:  
**Martha.**



## Zurück zur Arbeit!

Allmählich, wie aus einer schweren Ohnmacht erwacht unser deutsches Wirtschaftsleben wieder. Der Pulsschlag wird immer kräftiger und die ersten kraftbringenden Säfte rollen wieder durch seine Adern. Man darf wieder hoffen, daß trotz aller Fiebererscheinungen, die sich immer noch einstellen, der Riese, der vier- einhalb Jahre lang seine besten Kräfte verausgabte, um dann wie tot zusammenzubrechen, die Kräfte überstanden hat und sich auf dem Wege der Genesung befindet.

Der Reichskanzler konnte in seiner letzten großen Rede die Feststellung machen, daß wieder ein Zug nach Arbeit durch unser Volk geht. Der Reichswirtschaftsminister, der sicher am allerwenigsten Anlaß zum Optimismus hat, hat seiner letzten Rede ein gut Teil Optimismus beigegeben. An Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials trat er den Beweis an, daß es tatsächlich wieder aufwärts mit uns geht. Zwar sind die Kosten für die Lebenshaltung noch ungeheuer, aber der Handel mit dem Ausland hat seinen Anfang genommen und läßt auf eine Besserung des deutschen Marktums hoffen. Wir haben in der ersten Hälfte dieses Jahres an Auslandsprodukten 467 135 Tonnen im Werte von 2 141 368 000 Mark eingeführt. Um diese Mengen sind unsere Lebensmittelvorräte vergrößert worden. Unsere Gesamteinfuhr ist von 2 auf 12 Millionen Doppelzentner im Juli dieses Jahres gestiegen. Das ist zwar nur ein Fünftel des Friedensstandes, der Gesamtwert ist aber um 100 Prozent höher. Unsere Ausfuhr ist von drei Millionen Doppelzentnern im Januar auf neun Millionen im Juli gestiegen, die einen Wert von 561 Millionen repräsentieren. Mit einem Werte von 738 Millionen hat die Ausfuhr im Monat August fast den Friedensstand erreicht.

So sehen wir überall ein langsames Erstarken unseres Wirtschaftslebens, eine Rückkehr unseres Volkes zur Arbeit. Auch die Versorgung mit Kohle läßt auf eine Besserung hoffen, denn die Steigerung der Förderung hält seit einigen Monaten ununterbrochen an und geht im Braunkohlenbergbau sogar schon über die Friedensproduktion hinaus. Durch eine weitgehende Fürsorge und Bevorzugung der Bergarbeiter wird es gelingen, Arbeiter aus der Stadt in diese Gebiete zu verpflanzen, wodurch die Belegschaften vergrößert und die Förderung erhöht werden.

Mit einer Steigerung der Kohlenproduktion ist auch auf eine Besserung des gesamten Verkehrslebens zu hoffen. Voraussetzung dabei ist, daß endlich die fortgesetzten Willkürereien unter dem Eisenbahnpersonal, die erst unlängst in Frankfurt a. M. zu recht unerquicklichen Zwischenfällen Anlaß gegeben haben, aufhören.

Wenn alle Teile des Volkes mehr wie bisher fest zusammenstehen und den Willen zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens hochhalten, dann wird die jetzt einsetzende und sich bemerkbar machende Hebung der Arbeitsfreudigkeit weitere Fortschritte machen. Wollig verkehrt wäre es, wenn diejenigen, die bisher treu zum Volke gestanden haben und ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst des Landes gestellt haben, nunmehr aus den zuverlässigsten Neuzugungen unserer verantwortlichen Männer den Schluß ziehen würden, daß sie sich jetzt zurückziehen und alles übrige ruhig der Entwicklung überlassen könnten. Wie bisher, so muß auch die Zukunft für alle, denen das Wohl des deutschen Volkes höher als das eigene steht, die Pflicht zur Arbeit das Höchste sein.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Die erste Sitzung des Reichskohlenrates.

Der Reichskohlenrat tritt, wie die „B. V. R.“ hören, am 7. November d. S., vormittags 10 Uhr, im Reichswirtschaftsministerium zu seiner Gründungsversammlung zusammen. Der Rat setzt sich aus 60 Mitgliedern zusammen; unter ihnen befinden sich Vertreter des Kohlenbergbaus (Arbeitgeber und Arbeitnehmer), des Handels, der Industrie, der Verbraucher und des Gewerbes. Neben den Fragen der Geschäftsordnung wird der Reichskohlenrat zur Wahl der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter für den

## Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Segeler.

### Vortierung.

(Nachdruck verboten.)

Am nächsten Morgen las er einen ausführlichen Bericht. Die Zahl der ausgefallenen Leichen betrug dreihundertfünfzig, aber noch waren nicht alle geholt. Einzelne Details waren angegeben, wie der halbe Zug in den Zusammenbruch der Brücke hineingerissen war, wie gerade die vollen Waggons hinabgestürzt waren und als Massenfüße auf dem Grund des Wassers lagen. Alles war ertrunken oder zerstückelt. Die, welche sich hatten retten wollen, waren von den anderen festgehalten worden, man hatte die Leichen zu Klumpen ineinandergeballt in den Rupees gefunden. Jedesmal wenn der Zug hielt, kaufte Horstmann neue Zeitungen. Die Bahnhofsjungens schrien ihm schon entgegen: „Das schreckliche Eisenbahnunglück! Sechzig Tote!...“ Immer fürchterlicher wurde die Zahl, die ihm in die Ohren gellte. Die Leute im Zug sprachen von nichts anderem, und Horstmann selbst, durch einen unüberwindlichen Drang getrieben, unterhielt sich mit ihnen darüber.

In Budapest, wo Horstmann den Zug wechselte, lag eine Dame ein, die ihn fragte, ob der Zug nach Szegedin ginge? In der ersten halben Stunde saßen die beiden allein im Kupee einander gegenüber, ohne ein Wort zu wechseln. Der Ingenieur konnte keinen Blick abwenden von der mageren Gestalt in schwarzem Mantel, aus dem ein unfagbar trauriges Gesicht ihn ansah. Die Frau machte vierzig sein, sie machte den Eindruck einer Schwindsüchtigen. Sie hustete fast ununterbrochen, erklärte die rauhen Töne aber in dem Taschentuch, das sie sich mit Gewalt vor den Mund preßte. Und dann wandte sie sich vor Schmerzen, doch in den kurzen Zwischenpausen warf sie ihm aus ihren kindlichen Augen immer einen fürchtlichen Blick zu, als wenn sie ihn um Verzeihung bäte wegen der Störung. Bei jeder Station fragte sie: ob dies Szegedin sei? Schließlich konnte Horstmann sich nicht mehr zurückhalten.

„Was wollen Sie denn in Szegedin?“  
Da brach ihr ganzer Jammer hervor. Händeringend, mit hysterischem Weinen, von fürchtlichen Hustenanfällen unterbrochen, erzählte sie, daß sie ihren Schwiegersohn und ihre Tochter bei dem Eisenbahnunglück verloren hätte. Die beiden waren bei ihr zum Besuch gewesen, hatten schon früher reisen wollen, aber die Mutter hätte sie bestimmt, noch zu bleiben. Sie hatte sie selbst an den Zug begleitet... Das schien ihr in diesem Augenblick das Schrecklichste zu sein, daß sie, die eigene Mutter, schuld an dem Tode ihrer Kinder war.

vorberetenden Reichswirtschaftsrat sowie zu dem Plan des Reichswirtschaftsministers in der Frage für Bergarbeitermöglichkeiten sowie über die Richtlinien für die Kohlenwirtschaft und zur Regelung der Einfuhr ausländischer Kohle Stellung nehmen.

### „Unabhängige“ Berichterstattung.

Die „Freiheit“ berichtet, daß ein Student, der in Berlin im Januar in den besetzten Zeitungsgebäuden Samariterdienste tat, von der Strafkammer zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. Also hätte er die Vermunbeten unkommen und verschmähten lassen sollen, dann wäre er der Regierung lieb und angenehm gewesen.

Mit Entsetzen wird sich der Leser der „unabhängigen“ Preise von dieser niederträchtigen, Scheinsozialistischen - Regierung abweisen. Selbst an Samaritern tobt sie ihre brutal reaktionären Gelüste aus! In Wahrheit liegt die Sache ganz anders: die Regierung hat während der Januar- und Märztagen nicht nur den Arbeiter-Samaritern jeden möglichen Schutz angebeihen lassen, sondern sie hat auch alle Ausgaben vergütet und allen Tagegelde bezahlt, die im Januar oder März für die Truppen oder für die ausländischen Truppen Samariterdienste geleistet haben. Da im Januar grobe Uebergriffe gegen die Arbeitersamariter vorgekommen sind, hat die Regierung ihnen danach einen Ausweis gegeben, der sie unbedingt sichert. Hätte der Herr Studiosus diesen Ausweis des Arbeiter-Samariter-Bundes besessen, so wäre ihm kein Haar gekrümmt worden. Statt dessen hat er nur, wie fast alle Angeklagten aus den besetzten Zeitungen, erklärt, er habe nicht geschossen, sondern sei lediglich dahin gegangen, um Samariterdienste zu leisten. Das kann natürlich jeder Angeklagte sagen. Wer kein Samariter ist, hat nicht das Recht, sich bei Unruhen plötzlich selbst dazu zu ernennen. Und bei den vielen Samaritern in den besetzten Zeitungen bleibt nur das eine unaufgeklärt, von wessen Kugeln die vielen Soldaten bei der Wiedereinnahme der Gebäude gefallen sind. Die Regierung hat für die Samariter alles Erdeliche getan. Aber ob das unabhängige Gericht einem die Aussage glaubt, daß er nur Samariterdienste tun wollte, steht auf einem ganz anderen Blatt.

### Verlängerung der Arbeitszeit im sächsischen Bergbau.

Unter dem Vorsitz eines Regierungsvertreters fand in Zwickau eine Konferenz sämtlicher Betriebsräte des Lugau-Deutscher und Zwickauer Kohlenreviers statt, auf der gegen drei Stimmen beschloffen wurde, durch Einlegung einer Ueberstunde die Arbeitszeit von 7 auf 8 Stunden zu erhöhen. Für diese Ueberstunde, die bis zum 31. März 1920 gelten soll, muß 25 Proz. Aufschlag gezahlt werden. Weiter wurde einstimmig beschlossen, an den drei Feiertagen, Reformationsfest, Bürgertag und Hohennetzjahr, ebenfalls Kohlen zu fördern. Alle diese Beschlüsse sind nur vorbehaltlich der Zustimmung der Belegschaften gefaßt worden.

### Die wirtschaftliche Lage Bayerns.

Die Pressemeldung, daß Bayern vor dem nächsten wirtschaftlichen Zusammenbruch stehe, ist, wie die „B. V. R.“ hören, in dieser Form jedenfalls stark übertrieben. Wie alle großen Städte des Reiches, so leiden selbstverständlich auch die bayerischen unter mangelnder Zufuhr, insbesondere von Kartoffeln. Da die Zufuhren sich in den letzten Tagen aber schon gebessert haben, hofft man eine Ausdehnung der Ernährungsnot verhindern zu können.

### England.

#### Wiederherstellung des 20gliedrigen Ministeriums.

Im Unterhause hat Bonar Law die Wiederherstellung des zwanziggliedrigen Ministeriums, statt des fünfziggliedrigen Ministeriums während des Krieges, mitgeteilt. Es geht sich wie folgt zusammen: Lloyd George Ministerpräsident, Bonar Law Großbritanniens, Balfour Lord-Präsident des Staatsrates, Chamberlain Kanzler der Schatzkammer, Barnes ohne Portfeuille, French Lord-Vizepräsident, Macpherson erster Sekretär von Irland, Birkenhead Lord-Kanzler, Curzon Minister für auswärtige Angelegenheiten, Miller Kolonialminister, Churchill Minister für Flugwesen und Krieg, Montagu Minister für innere Angelegenheiten, Long erster Lord der Admiralität, Munro Minister für Seotland, Sir Austen Chamberlain Minister für den Handel, Dr. Addison

Horstmann mußte nichts zu antworten. Er konnte kaum mitfühlen; nur der Gedanke war ihm qualvoll, daß dies arme, elende Wesen, durch das eigene Leiden schon ein Bild des Jammers, noch einen solchen Schmerz durchmachen mußte.

„Wahrscheinlich sind Ihre Kinder gar nicht tot,“ sagte er, ohne selbst an diesen Trost zu glauben.

Aber die Frau schüttelte nur stumm den Kopf, sie hatte ganz sichere Nachrichten.

Die beiden schliefen. In dem Kupee, dessen Fenster geschlossen waren, herrschte Düsternis und ein unerträglicher Krankheitsgeruch. Die Frau wuschte sich die Tränen aus den entzündeten Augen und rang mit ihrem Brustkrampl. Aber plötzlich schlug sie die Hände zusammen und erging sich in neuen Selbstanklagen, mit ihrer heiseren Stimme das Gebete der Räder überschreitend.

„Ich habe sie an die Bahn gebracht und ihnen den Waggon ausgeliefert. Ach, lieber Gott, warum mußte ich das tun? Ich hab ihren Tod auf dem Gewissen, ich, die so gern für sie gestorben wäre!“

„Wie können Sie so etwas behaupten?“ unterbrach sie Horstmann grob. „Ebenso gut hätte das Unglück bei jedem anderen Zuge passieren können. Das konnten Sie doch vorher nicht wissen.“

Und während er mit höhnischem Trost die Kranke ansah, fuhr er fort:

„Wenn Sie sich schon solche Vorwürfe machen, wie soll ich denn der fühlen, der wirklich die Schuld trägt! Der Lokomotivführer, der den Zug hat entgleisen lassen oder der Baumeister, der die Brücke schlecht gebaut hat?“

Die Frau hatte furchtlich die Hand ausgestreckt, als wenn sie ihn bitten wollte, nicht weiter zu sprechen.

„Licht denn der noch, der das getan hat?“  
„Warum nicht?“ erwiderte Horstmann achselzuckend. „Das ist doch sehr leicht möglich!“

„Der unglückliche Mensch!“ sagte sie tonlos. Und ihre Hände vors Gesicht schlagend: „Gegen den, der das auf dem Gewissen hat, bin ich ja noch glücklich.“

Der Ingenieur, von dieser Antwort getroffen, verank in Gedanken. Nach einer Weile sagte er:

„Wenn dieser selbe Mensch — nehmen wir an, der Einfuhr wäre auf den Reichstag des Baumeisters zurückzuführen — viele andere Bauwerke geschaffen hätte, wodurch er den Wohlstand und das Glück von Tausenden von Leuten hervorgerufen hat. Könnte ihn der Gedanke nicht trösten?“

öffentliche Gesundheit, Lord Lee Landwirtschaftsminister, Fisher Minister für Unterricht, Sir Robert Horne Minister für Arbeit, Sir Eric Geddes Transportwesen.

## Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 31. Oktober.

### Die Lage der Werftarbeiter.

Uns wird geschrieben: Ein Sturm der Entrüstung geht durch die Reihen der Werftarbeiter, wenn von anderen Betrieben und Orten die Nachricht kommt, daß günstige Arbeitsverhältnisse, Lohnaufbesserungen nebst Wirtschaft- oder Anschaffungsbeiträgen zu verzeichnen sind. Die Erregung steigert sich von Tag zu Tag, so daß die Folgen nicht zu überlegen sind, die sich daraus entwickeln. Die heftigsten Klagen werden darüber geführt, daß man schon vom April her in einer Lohnbewegung steht und noch nichts erreicht ist, als den am 23. September 1919 durch Landgerichtsrat Dr. Buss gefällten Schiedsspruch. Dieser ist von beiden Parteien abgelehnt worden und die Werftarbeiter sind um garnichts weiter gekommen. Bekanntlich werden die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Schiffswerften auf zentraler Grundlage verhandelt, und so müßte auch über den Schiedsspruch zentral abgeklärt werden (und wie üblich muß die Minderheit sich der Mehrheit fügen). So kommt es, daß auf den Werften, wo der Schiedsspruch angenommen ist, die Arbeiter immer noch warten müssen. Aber, ob wir die Arbeiterschaft so lange halten können, bis nach einem halben Jahre ein neuer Schiedsspruch herauskommt, das bezweifeln wir, da die Erregung der Arbeiter schon so groß und eine Aufbesserung der Löhne dringend notwendig ist. Der Schiedsspruch ist nicht der Affordarkeit wegen abgelehnt worden, sondern die eigentliche Ursache war die Ablehnung der Teuerungszulage. Diese sollte nur für die Verheirateten gelten, lebige Arbeiter waren davon ausgeschlossen. Hätte man dieses beachtet, und den Ledigen auch eine Anschaffungssumme gegeben, so wäre Ruhe und Frieden zwischen den Werftarbeitern gewesen. Und warum sind denn die lebigen Werftarbeiter nicht ebenfalls einer Anschaffungssumme bedürftig wie die Verheirateten? Die Ausgaben für Bekleidung und Schutzeug sind für einen Ledigen doch ebenso teuer wie für einen Verheirateten, zumal wenn man bedenkt, wie die Preise in der letzten Zeit emporgeschossen sind. Dagegen ist unser Verdienst zurückgegangen, denn bei einem Wochenlohn von 105 Mk. ist nichts mehr anzuschaffen, es reicht kaum für die notwendigen Lebensmittel. Bedenken wir denselben Lohn doch schon 1917—1918. Es ist nicht richtig, wenn die Schuld am Ganzen der Ablehnung der Affordarkeit zugeschrieben wird. Wenn sich auch viele Werftarbeiter sagen, daß es durch die Affordarkeit immer mehr Arbeitslose gibt, so behaupte ich das Gegenteil. Gerade durch die Affordarkeit auf den Werften wird die Arbeitslosigkeit ganz wesentlich vermindert. Von einer großen Wert sind wieder kleinere Fabriken abhängig, und diese können darum eine ganze Anzahl Arbeiter beschäftigen, wenn die Werften Aufträge und Arbeit haben. Und dieses scheint doch der Fall zu sein. Haben doch die Werftgewaltigen immer gesagt, daß sie Aufträge hätten, wenn in Afford gearbeitet würde. Wenn aber die Werftarbeiter glauben, aus durch ihr ablehnendes Verhalten wieder ein halbes Jahr hinhalten zu können, so schneiden sie sich in ihr eigenes Fleisch. Dadurch fördern sie die Erbitterung und Empörung der Werftarbeiter noch mehr. Wir raten daher dringend den maßgebenden Zentralbehörden, die Lohnforderungen der Schiffswerften auf dem schnellsten Wege zu regeln.

### Warnung vor Auswanderung!

Vor kurzem ist, durch unzuverlässige Agenten verleitet, eine größere Gruppe von Auswandererfamilien von München nach Augsburg ihrer Wohnungen und Verkauf ihres Hausrats in Hamburg eingetroffen, um mit einem schwebischen Dampfer die Reise nach Paraguay anzutreten. Sie waren der Meinung, sie könnten sofort abfahren, obwohl eine Beförderungsmöglichkeit von Hamburg bis jetzt noch nicht gegeben ist und die von ihnen mitgebrachten Mittel für die Ueberfahrt völlig unzureichend waren. Sie konnten bei der überall herrschenden Wohnungsnot weder Obdach noch Fürsorge finden und mußten unrichtigster Sache zurückkehren. Alle Auswanderungswilligen werden daher ausdrücklich vor einer Abreise nach den Hafenstädten gewarnt, soweit sie nicht die Gewissheit haben, daß die Weiterreise binnen weniger Tage mit einem bestimmten Schiffe erfolgen kann. Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß von der Regierung ein Reichswanderungsausschuss eingerichtet worden ist, dessen nächste Zweigstelle in Hamburg, Hofstraße 9, Dr. Runge, ist. Dort kann jedermann über Auswanderungsmöglichkeiten kostenlos schriftliche und mündliche Auskunft erhalten.

Jesus spricht: Es wäre besser, er hände sich einen Mühlstein um den Hals und ertränkte sich.“

Bei der nächsten Station suchte Horstmann sich ein anderes Kupee aus. Der Anblick der Frau war ihm widerwärtig, es konnte ihn nicht mehr ertragen.

Die schlimmste Nachricht traf Horstmann kurz vor Szegedin. Die „Neue Freie Presse“ brachte einen Artikel: „System Horstmann“, der von unerhörten Angriffen gegen ihn sprach. Er wurde nicht nur als der Schuldige an der Katastrophe, sondern als ein gemeiner Verräter hingestellt. Alle Strecken, die unter seiner Regie entstanden waren, sollten dieselbe unerhörte Verräterigkeit in der Ausführung zeigen. Es wurde ihm vorgeworfen, das elendeste Material verwendet zu haben. Bei der Abrechnung sollte er die Gesellschaft überführt haben. Das „System Horstmann“ wurde als der Inbegriff alles Schändlichen und Verräterischen hingestellt.

Wie ein schon Gerichteter kam der Ingenieur an der Unglücksstätte an. Er mußte sich mit aller Kraft aufrecht halten, um nicht beim Anblick des Furchtbaren, das ganz anders und doch viel schrecklicher war, als seine Phantasie es sich vorgestellt hatte, zusammenzubrechen.

In einem Güterwaggon waren die Leichen ausgepackt, ordentlich, vierunddreißig in jeder Reihe. Die, welche schon rekonstruiert waren, trugen einen Zettel auf der Brust. In dumpfer Gleichgültigkeit, genommen von dem starken Karbolgeruch, ging Horstmann an den offenen Särgen vorbei; lauter fremde Gestalten lagen darin. Durch ein Dachfenster fiel blendendes Sonnenlicht und warf gelbe Reflexe auf die bläulichen, aufgedunsenen Gesichter.

Ein Mann lag da, der die Augen schauderhaft zu rollen schien. Er stand ungefähr in demselben Alter wie Horstmann und bekam durch keinen Bart eine gewisse Ähnlichkeit mit ihm. Der Ingenieur blieb stehen und sah das Gesicht genauer an.

So würde ich auch aussehen, sagte er sich, wenn ich in demselben Zuge gefahren wäre. Wir kann morgen daskelbe passieren.

Gleichgültig ging er weiter. Zwei alte gefleihte ältere Frauen lagen nebeneinander, ihre Hände hatte man gefaßt, ihre Gesichter waren auf die Brust gesunken, beide hatten einen friedlichen Ausdruck. Sie mußten still gestorben sein, ohne Widerstreben. Aber weiterhin kam die Leiche eines jungen Mannes, bei deren Anblick Horstmann unwillkürlich zurückfuhr, wie beleidigt in seinem Mannesbewußtsein. Das Gesicht des jungen Menschen mit den zusammengebliebenen Zähnen, die hinter den aufgerissenen Lippen sichtbar waren, mit den verglasten blutunterlaufenen Augen, zeigte einen Ausdruck tierischer Wildheit. In den zusammengeknallten Händen hielt er bläuliche schwarze Brauenhaare.

Fortsetzung folgt.



**Bereits für volkstümliche Naturkunde.** Am vergangenen Sonntag sprach Herr Mittelschullehrer Otto Kießner in der Gruppe für Pflanzenkunde über "Unsere Laubmoose". Dem Vortrag sei folgendes entnommen: Man unterscheidet Laub- und Lebermoose. Die letzteren bilden eine völlig abgeschlossene Gruppe. Der Versuch, Uebergangsformen zwischen beiden zu finden, ist gescheitert. Auch zu den höheren Sporenpflanzen stellen alle Uebergänge. Die Vermehrung findet überwiegend durch Sporen statt. Aus der Spore entwickelt sich der Vorkeim. Die Mooskeimlinge bilden sich nur an unermessigen Teile desselben. In Stelle der schlängelnden Wurzel findet man verzweigte Zellreihen. Die Laubmoose sind Keils in Stengel und Blätter gegliedert. Die Blätter sind meist spiralig, selten zweifach angeordnet. Wassermoleküle dienen einerseits der Leitung, andererseits der Speicherung des Wassers. Wie bei den höheren Sporenpflanzen findet ein Generationswechsel statt. Der feinere Bau der Blätter und der Sporenkapseln kommen wesentlich bei der Bestimmung der Laubmoose in Betracht. Den Moosen kommt in der Natur eine hohe Bedeutung zu. Sie sind die ersten Ansiedler auf Felsen und Gestein und von größter Wichtigkeit bei der Torfbildung. Sie halten den Waldboden feucht, speisen während des ganzen Jahres die Flüsse und wirken hemmend auf das Schmelzwasser ein. Insekten und andere Tiere benutzen das Moos als Unterschlupf, viele Vögel beim Nistbau. Auch der Mensch weiß es vielfältig zu gebrauchen. Frische und getrocknete Moose sowie Lichtbilder veranschaulichen den Vortrag.

Ein nachahmenswertes Beispiel! Um den heimkehrenden Kriegsgefangenen, die meist mittellos sind, ihre harte Lage etwas zu erleichtern, ist in Freiburg im Baden ein Aktionskomitee in den Geschäftskreisen getroffen, wonach diese an Heimkehrer bestimmte lebensnotwendige Waren wie Schuhe, Kleidung usw. zu ermäßigten Preisen abgeben. Die Heimkehrer zahlen aber nur die Hälfte dieses niedrigen Preises, während der Rest von der Stadt getragen wird. Sollte es nicht möglich sein, auch hier ähnliches zu unternehmen? Will man die Kriegsgefangenen an den Aufbau in der Heimat interessieren, so muß man ihnen vorher zeigen, daß man für ihre Not Verständnis hat und ihnen, soweit es eben möglich ist, helfen will.

**Reich und Ausland.**

Ein eigenartiger Fall von Scheintod beschäftigt die Polizei in Berlin. Der Fall wird dadurch noch verwickelter, daß das bedauernswerte Mädchen, anscheinend eine Krankenschwester, das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Bisher gelang es noch nicht, ihre Persönlichkeit festzustellen. Der Lenker eines Kraftwagens im Grunewald bemerkte unter einem Baume liegend ein etwa 25jähriges Mädchen in Schwerkentracht, das nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Die Insassen brachten sie zur Grunewald Feuerweh, die ihrerseits die Ueberführung zu einem Arzte veranlaßte. Dieser konnte eine Herzstillsetzung nicht mehr feststellen und nahm Tod infolge Morphiumvergiftung an. Nunmehr erfolgte die Eintragung der vermeintlichen Toten und die Ueberführung der für tot geltenden Leiche in die Leichenhalle. Wittwachs vormittag entdeckte die Polizei einen Beamten, um die Verführung der Toten festzustellen. Als der Totengräber und der Hofarbeiter den Sarg öffneten, bemerkten sie mit Entsetzen, daß das Mädchen atmete. Der herbeigerufene Arzt ließ sie nach einem Krankenhaus überführen, und dort wurden verschiedene Würgemittel an der Unbekannten festgestellt, sodas Anzeichen eines Verbrechens vorliegen. Der Mageninhalt wies Spuren von Mor-

phium und Veronal auf. Das Mädchen hatte 15 Stunden mit dem nahen Kleibern im Sarge gelegen.

Großen Schließungen von Leocor, Kets, Kaffee und dergleichen ist man in Frankfurt a. M. auf die Spur gekommen. Die Verschließungen der einzelnen Waggons erfolgte mit Hilfe von zwei bestochenen Eisenbahnen, welche die Waggons in kleine Vorstationen rollen ließen, wo sie von einer organisierten Diebesbande ausgeplündert wurden. Die Polizei verhaftete u. a. einen Wirt aus Frankfurt, drei ehemalige Angehörige des Marine-Sicherheitsdienstes und eine Anzahl Eisenbahner.

Schwere Schneestürme toben im Schwarzwald.

**Sprechsaal.**

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion der Publika gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**Ein Wort für die Hilfsbeamten.**

In der letzten Bürgerversammlung wurde die Notlage der Beamten besprochen. Namentlich hat das sozialdemokratische Bürgerversammlungsglied Herr Haut sich deren angenommen und ist für die notwendige Aufbesserung der Gehälter eingetreten. An die Hilfsbeamten hat man nicht gedacht, besonders nicht an deren anstrengenden Dienst und die viele notwendige Kleidung. Wenn heute ein Mensch den ganzen Tag Wind und Wetter ausgesetzt ist, wie es viele Hilfsbeamte leider sind, der wird urteilen können, was hier gebraucht wird. Von dem niedrigen Gehalt will ich nicht mehr reden, das hat ja Herr Haut genügend gekennzeichnet. Den Hilfsbeamten müßten unbedingt dieselben Bezüge zustehen wie einem angelernten Staatsarbeiter. Ein Hilfsbeamter.

**Vollmilchberechtigte,**

Die sich in besonderer Notlage befinden, können Anträge auf Gewährung einer staatlichen Beihilfe über das bisherige Maß hinaus unter Annahme der Gründe in der Geschäftsstelle, Königstraße 13,1 stellen.

Lübeck, den 30. Oktober 1919. (9304)

**Das Landesverorgungsamt.**

**Bekanntmachung.**

Gemäß § 3 des Statuts der Städtischen Brand-Versicherungskasse wird bekannt gemacht, daß die unterzeichnete Behörde zur Neuwahl für die auscheidenden Ausschussmitglieder:

L. G. H. Zander.  
G. J. F. Alm.  
G. J. Schober.  
F. H. J. Baie.  
H. K. S. Claaden.  
J. S. M. Grentz.  
A. F. C. L. Meincke.  
R. M. Kasch

und die Ersatzmänner:

F. H. Ph. Böttger  
A. P. Brandt.  
E. A. H. Flate.  
G. E. H. Reinboth.  
F. K. Green.  
Georg Petersen.

folgende Mitglieder der Städtischen Brand-Versicherungskasse in Vorschlag zu bringen beschließen hat:

**Lübecker Badeanstalt.**

Die Anstalt bleibt wegen Kohlenmangels bis auf weiteres geschlossen. (9306)

Lübeck, 30. Oktbr. 1919.

Die Finanzbehörde  
Abt. f. Häuser u. Plätze.

**Waisenhaus.**

Die jährliche Hausammlung für das Waisenhaus beginnt Ende September. Sie wird durch die Boten J. Cartobius und J. Wilms, welche Ausweiskarten bei sich führen, wahrgenommen. (9290)

Seit seinem 37jährigen Bestehen ist das Waisenhaus durch freiwillige Gaben erhalten worden. Wir bitten daher, auch diesmal unserer Anstalt freundlichst eingedenk sein zu wollen. Jede Gabe wird dankbar entgegengenommen, da das Waisenhaus auf die Mithilfe angewiesen ist. Dies gilt um so mehr, als infolge des Krieges die Anforderungen an unsere Anstalt ganz besonders gewachsen sind und durch die regelmäßigen Einnahmen nicht gedeckt werden können.

Lübeck, September 1919.

Die Vorstandschaft des Waisenhauses.

**Wir bitten dringend,**

die fertig gestellten Stiefel auf Holzsohlen von Nr. 76-2204.

Neuanfertigungen von Hausschuhen u. Pantoffeln von Nr. 400 bis 660 und die sonstigen Reparaturen von Nr. 879 bis 2126 in den nächsten Tagen abholen zu wollen.

Weitere Bestellungen auf Neuanfertigungen von Haus- und Stiefeln werden wieder entgegengenommen.

**Kriegshilfe**

Abt.: Schuhfürsorge,  
9327, Königstraße 19.

Die glückliche Geburt eines Töchterchens zeigen hoch erfreut an. (9297)

**Wilh. Vagt und Frau**

Frida geb. Frahm.  
Lübeck, 30. Oktober 1919

**Getraut Nacht** entfiel sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, meiner Kinder treuergehender Vater, der Schlossermeister Hermann Möller im 42. Lebensjahre. In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen (9315)

Marie Möller geb. Höpner.  
Beginn der Trauerfeier am Dienstag d. 4. Nov., morgens 10 1/2 Uhr in der Kapelle des Sinatorriedhofes.

Zur Beerdigung: 1. Ausb. d. Wäsche in u. außer d. Haus, das Geschoßer von C. Runderwiede 2. vert. C. Runderwiede 72.

Getraut erhielten wir die herzerreißende Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder, der Musiketier

**Paul Asmus**

in seinem 25. Lebensjahre in der Umgebung von Radwilsdorf im Gefecht mit Litauern gefallen ist. Während des Krieges kämpfte er 4 Jahre als Soldat an der Westfront. Ist Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse, 1. Komp. Kreisforps u. Brandis. Tief betrauert und schmerzlich vermisst von seinen Eltern und allen Verwandten und Bekannten.

Johann Asmus und Frau geb. Horstschäfer.  
Albert Asmus und Frau geb. Diestel.  
Hermann, Hans, Käthe Asmus und Christian Langmaack als Verlobter. (9314)

**Schlosserlehrlinge zu sofort gesucht.**

**Georg Harder Maschinenfabrik,**

9303) Lübeck, Ratsburger Allee 106.

Am Dienstag, dem 28. Oktober starb an einem im Felde zugezogenen Leiden unser lieber Kamerad (9311)

**Reint. Schöning.**

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

**Freiw. Feuerwehr Vorwerk.**

Nr. 2-3-11, a. tauch. gel. (9302) Carl Böttcher, Schöntampstraße 17 L.

Erteilungshalber Haus Schwartauer Str. 17 in Seetoch mit drei Wohnungen, Stallgebäude u. Garten zu verkaufen. Näheres Justizsekretär Harders in Bad Schwartau. Amtsgericht Zimmer 24. (9309)

Zu verk. ein Kinderwagen (9317) Mühlentstr. 91/6.

Ein mahag. Ausziehtisch (9310) Mühlentstr. 91/6.

**Wotan**

gasgefüllt

Effektiv und stromsparend

**Holsten-Bank**

Abteilung Lübeck.

Hauptgeschäft: Königstraße 37.

Geschäftsstelle am Schlachthof: Schwartauer Allee 67. (9296)

Annahme von Spareinlagen. (Auch kleine Beträge).

Eröffnung von Giro-Konten.

Zur Vornahme der Wahl und Termin auf

Dienstag, den 4. November 1919, vormittags von 10 bis 11 Uhr im Zimmer 16 des Verwaltungsgesbäude, Fleißhauerstraße 20, anberaumt.

Wahlberechtigt sind die Stammler der in der Städtischen Brand-Versicherungskasse versicherten Gebäude. Wählbar sind nur die vom Veranlasser der Brand-Versicherungskasse vorgeschlossenen Mitglieder der Städtischen Brand-Versicherungskasse. (9294)

Lübeck, 28. Oktober 1919.

**Das Departement der Städtischen Brand-Versicherungskasse.**

Ordnung zu verkaufen. Lübeck, 28. Oktbr. 1919.

**Aufruf!**

Die Revolution vom 9. November hat der gesamten werktätigen Bevölkerung, hat allen Arbeitnehmern, mögen sie Arbeiter, Angestellte oder Beamte sein, ohne Unterschied das volle Koalitionsrecht und damit auch das unbefristete Streikrecht gebracht.

Dieses Recht ist eine der wichtigsten Errungenschaften, an ihm darf nicht gespart werden.

Nur eine Gefahr droht dem Streikrecht, und zwar von jenen Leuten, die die Arbeiterschaft dazu mißbrauchen wollen, das Streikrecht gegen die Interessen der Gesamtheit, gegen die Lebensinteressen ihrer eigenen Volksgenossen anzuwenden. Es ist leider in letzter Zeit immer wieder vorgekommen, daß ungeschulte und unaufgeklärte Elemente sich durch gewissenlose Heher haben verführen lassen, gegen die Lebensmöglichkeiten der Gesamtbevölkerung zu streiken und dadurch ihre Mitmenschen, oft gerade die ärmsten Teile der Bevölkerung, der Gefahr von Seuchen und Epidemien auszusetzen.

Was kümmert es diese Leute, wenn infolge mangelnder Milchzufuhr Säuglinge und Kranke sterben, was kümmert es sie, wenn gerade die unbemittelte Bevölkerung am stärksten unter dem Kohlenmangel leidet! Diese Heher schreiben über die Leiden ihrer eigenen Klassengenossen, wenn sie nur ihren politischen Macht Hunger befriedigen zu können glauben.

Um die Arbeiterschaft vor den Folgen dieser Unthaten zu schützen, verfügt die Regierung die Schaffung einer

**Gefahr des Verhungerns oder Erfrierens,**

der Gefahr von Seuchen und Epidemien auszusetzen.

Was kümmert es diese Leute, wenn infolge mangelnder Milchzufuhr Säuglinge und Kranke sterben, was kümmert es sie, wenn gerade die unbemittelte Bevölkerung am stärksten unter dem Kohlenmangel leidet! Diese Heher schreiben über die Leiden ihrer eigenen Klassengenossen, wenn sie nur ihren politischen Macht Hunger befriedigen zu können glauben.

Um die Arbeiterschaft vor den Folgen dieser Unthaten zu schützen, verfügt die Regierung die Schaffung einer

**Technischen Nothilfe.**

Ueber sie sind die tollsten Lügen verbreitet worden. Es wird behauptet, sie sei eine Streikbrecherorganisation, sie siehe im Dienste des Kapitals, zerstöre das Koalitionsrecht der Arbeiter.

**Nichts davon ist wahr!**

Die Technische Nothilfe steht in keinerlei Gegensatz zur Arbeiterschaft.

**am Schutz des Kapitals hat sie keinerlei Interesse,**

sie behaltet weder Profit noch Zins noch Rente, sie sorgt nur für die Erhaltung der Produktionsmittel, für die Lebensmittelfuhr, für Wärme und Licht. Die Technische Nothilfe schreiet nur ein, wenn durch die Stilllegung lebenswichtiger Betriebe

**Leben und Gesundheit der Bevölkerung unmittelbar bedroht**

ist. Solche Vorkommnisse zu verhüten, liegt im Interesse der Arbeiterschaft selber. Wenn in der jetzigen, ohnehin so schweren Zeit durch streikende Arbeiter bewirkt wird, daß die Lichtversorgung unterbrochen wird, daß die Kohlen- und Lebensmittelfuhr aufhört, so wird in kurzer Zeit bei der Arbeiterbevölkerung das Streiken so in Mißkredit kommen, daß auch notwendige und

**berechtigte Streiks keine Sympathie finden.**

Deshalb sollte die Technische Nothilfe und ihre Wirksamkeit von der Arbeiterschaft unterstützt werden.

**Arbeiter u. Angestellte sollten sich gleicherweise der Technischen Nothilfe zur Verfügung stellen.**

Sie brechen dadurch nicht die Solidarität mit ihren Klassengenossen, sie verhindern dadurch nur, daß die Solidarität von unverantwortlichen Menschen in einer Weise mißbraucht wird, die letzten Endes der Sache selber schadet.

**Arbeiter, Angestellte und Beamte treten der Technischen Nothilfe bei!**

Auskunft werktags von 12-1 1/2 Uhr und nachmittags von 5-6 Uhr: Lübeck, Mengstraße 6 L.

**Technische Nothilfe.**

Ortsgruppe Lübeck.

Am 1. November eröffne ich Schmiedestr. 4 ein

**Kolonialwarengeschäft**

nebst Schulstiften.

Es wird mein Bestreben sein, dem geehrten Publikum nur tadellose Ware zu liefern und halte ich mich bestens empfohlen. (9307)

**Hulda Schipanski.**

**Hilgers Handbuch**

der verfassungsgemäßen deutschen Nationalversammlung 1919

enthält Lebenslauf u. Bilder der Mitglieder der Nationalversammlung.

2.50 Mk.

Buchh. Fr. Meyer & Co.